

Ercheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Litauen 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Belegungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Besuche- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 31. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. August eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die Weiterverbreitung des Zentralorgans der Partei nach Kräften thätig zu sein. Allseitig anerkannt ist die Bedeutung unseres Blattes in dem großen Befreiungskampfe des Proletariats, und auf das Beste bewährt hat sich seine knappe, schnelle und genaue Berichterstattung, namentlich während der umfassenden Kämpfe, welche die Arbeiterklasse in den letzten Monaten mit dem Unternehmertum auszufechten hatte.

Ueber den politischen und wirtschaftlichen Teil werden aber die lokalen Vorkommnisse Berlins keineswegs vernachlässigt. Die Besprechungen unserer kommunalen Angelegenheiten bringen den Leser in die Lage, die Erscheinungen auf diesem wichtigen Gebiet des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen. Der lokale Teil des „Vorwärts“ verzeichnet alle Begebenheiten des Tages und giebt ein getreues Bild des Vereins- und Berufsammullebens, welches in Berlin besonders starke Wellen schlägt.

Ebenso widmen wir dem Feuilleton die größte Aufmerksamkeit.

Von dem zur Zeit im „Vorwärts“ erscheinenden Roman von Bulwer, der in der Weltliteratur einen hervorragenden Platz einnimmt, liefern wir neu hinzutretenden Abonnenten den bis jetzt in unserer Blatte erschienenen Teil gratis nach. Nachdem „Nienzi“ beendet sein wird, bringen wir aus der Feder von E. Bosquet einen Roman „Arbeiterinnenloos“, der in meisterhafter Schilderung ein packendes und in seiner Art typisches Bild von der Lage der französischen Arbeiterin giebt.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsredakteure, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate August u. September entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Die Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895 für den preussischen Staat.

Die im vorigen Jahre im Staate Preußen vorgenommene Berufszählung hat zu Ergebnissen geführt, die auf unsere wirtschaftlichen Schicksale wirken müßten, wie Güsse kalten Wassers.

Früher, bei Einführung und Erhöhung der Protzölle, lehtin noch, bei Beratung des Antrages Kanitz und der Formulierung der „kleinen Mittel“, haben unsere edelen Agrarier ihre Begehrlichkeit und Berücksichtigungs-Würdigkeit immer und immer wieder mit der Behauptung motiviert, die Landwirtschaft sei der Grundpfeiler des Staates, gewähre der großen Mehrheit des Volkes Arbeit und Lebensunterhalt. Schon die im Jahre 1882 vorgenommene Zählung bestätigte diese Behauptung, so weit Preußen in Frage kam, keineswegs. Von hundert Personen, die in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel ihre Beschäftigung fanden, entfielen damals 49,55 pCt. auf die Landwirtschaft, 50,45 pCt. aber auf Industrie und Handel. In der Zwischenzeit hat sich das Verhältnis noch sehr bedeutend verschoben. Der Prozentsatz der Landwirtschaft ist auf 41,59 gefallen, der auf Industrie und Handel entfallende auf 58,11 gestiegen. Dabei ist aber die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen nicht gefallen, sie ist gegen 1882 sogar etwas gestiegen, allerdings nicht im Verhältnis mit der Bevölkerungszunahme; der Ueberschuß hat sich der Industrie und dem Handel zugewandt. Ein zweites Ergebnis ist nicht minder interessant. Die Zahl der selbständigen Landwirthe hat sich seit 1882 bedeutend vermehrt. Unter 100 in der Landwirtschaft Erwerbstätigen waren 1882 Selbständige 26,85, heute sind es 29,11. Der auf die landwirtschaftlichen Arbeiter entfallende Prozentsatz ist dagegen von 71,98 auf 69,35 herabgegangen. Der landwirtschaftliche Zwergerbetrieb ist im Zunehmen begriffen, im Großbetrieb sinkt die Zahl der Arbeiter infolge der Einführung von Maschinen.

Ein ganz anderes Bild zeigt die Entwicklung der Industrie und des Handels. Hier nimmt die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen fortwährend ab; die Zahl der Gehilfen und Arbeiter steigt, der Umfang der bestehenden Betriebe erweitert sich. Noch im Jahre 1882 waren von 100 Erwerbstätigen in der Industrie 32,43, im Handel und Verkehr 44,25 Selbständige, im Jahre 1895 sind es nur mehr 23,70 und 35,73. Die Verhältniszahlen der Arbeiter aber sind von 65,95 auf 78,13 und von 47,43 auf 53,27 emporgeschwollen. Stärker noch ist die Zahl der technischen, kaufmännischen und Rechnungspersonals gestiegen. Hier lauteten die Zahlen 1882 1,62 in der

Industrie und 8,32 im Handel, im Jahre 1895 dagegen 3,17 und 11,00. Das heißt mit Worten nichts anderes als: die Möglichkeit für einen gewerblichen oder Handlungsgelhilfen, sich selbständig zu machen, ist heute verhältnismäßig geringer als früher. Zu dieser Schlussfolgerung gelangte sogar die „Stat. Korr.“, aus der alle vorhergehenden und die nachfolgenden Zahlenangaben stammen.

In allen Industriezweigen ist die Zahl der Beschäftigten absolut gestiegen, in der Metallverarbeitung, in Bau- und Handelsgewerbe sogar sehr beträchtlich, einige andere Zweige sind dagegen relativ zurückgegangen. Von hundert in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel und Verkehr im Hauptberuf thätigen Personen entfielen 1882 noch 4,17 auf die Textilindustrie, 1895 nurmehr 3,80, auf die Gruppe Bekleidung und Reinigung 1882 8,40, 1895 nur noch 8,21. Beide Gruppen halten also mit der sonstigen Entwicklung nicht mehr gleichen Schritt, es sind Exportindustrien, deren Absatzgebiete, entweder überfüllt oder abgedämmt sind.

Die Steigerung der weiblichen Erwerbstätigkeit in Rücksicht auf die Zahl ist seit 1882 keine sehr erhebliche gewesen. Von hundert der weiblichen Bevölkerung waren im Hauptberufe erwerbstätig oder als Dienende in häuslichen Diensten beschäftigt im Jahre 1882 21,58, im Jahre 1895 22,56. Dagegen ist die Verschiebung in der Art der weiblichen Beschäftigung eine große. In Industrie und Handel haben verhältnismäßig mehr Frauen als Männer ihre Selbständigkeit aufgeben müssen, hat die Zahl der weiblichen Arbeiter verhältnismäßig schneller zugenommen als die der männlichen. Von 100 1882 im Handel und Verkehr thätigen Frauen waren noch 54,18 selbständig, 44,66 Arbeiterinnen, 1895 aber entfielen auf 39,63 Selbständige 57,76 Gehilfen. Dieser Kampf ums Dasein zeigt sich auch in der Thatsache, daß die Zahl derjenigen, die nebenbei noch in einem anderen Berufe thätig sind, abgenommen hat.

Auch die Zahl der selbständigen Hausindustriellen hat sich vermindert, ebenso wie die hausindustrielle Gehilfenchaft. Ein Symptom für die allmähliche Vererbung des Mittelstandes ist ferner die Abnahme der Dienenden für häusliche Dienste. Während diese Gruppe 1882 noch 3,25 vom Hundert der Bevölkerung ausmachte, ist sie 1895 bis auf 2,65 gefallen.

So ergibt denn die letzte Berufszählung für Preußen folgendes: Der größte deutsche Bundesstaat kann in keiner Weise mehr als Agrarstaat angesprochen werden. Sein Schwergewicht liegt in der Industrie, im Handel und Verkehr, die Landwirtschaft „ernährt“ kaum noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Im Handel und in der Industrie nimmt die Zahl der Unternehmer ab, von den übrig bleibenden Betrieben schwilt ein Teil mächtig

85) Nienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Drittes Kapitel.

Eines freisinnigen Patriziers Stellung in Volksumruhen. Szene im Lateran.

Die Stellung eines Patriziers, der es ehrlich mit dem Volke meint, ist in jenen schlimmen Zeiten, wenn die Gewalt unterdrückt ist und die Freiheit kämpft, wenn die beiden feindlichen Parteien sich gegenüber treten, die unangenehmste und schwierigste, welche das Schicksal auferlegen kann. Soll er sich dem Adel anschließen? Er handelt gegen sein Gewissen und gegen seine Ueberzeugung. Dem Volk? Er verläßt seine Freunde. Aber die Folge dieser letzten Wahl ist nicht die einzige, und für ein kräftiges Gemüth vielleicht nicht die bitterste. Alle Menschen sind abhängig von der öffentlichen Meinung; sie ist der öffentliche Richter; aber nicht für jeden Rang ist die öffentliche Meinung dieselbe. Die öffentliche Meinung, die den Plebejer anspricht oder zurückhält, ist die Meinung der Plebejer — derer, mit denen er umgeht, und die er am genauesten kennt — derer, mit denen er seit seiner frühesten Jugend vertraut ist — deren Lob er täglich hören, deren Tadel ihn jede Stunde demüthigen kann. Ebenso ist die öffentliche Meinung der Großen die Meinung von ihres Gleichen — derer, mit denen Geburt und Zufall sie für immer vereinigt haben. Es giebt also einen Richterstuhl, dem schwer Trost zu bieten ist, dem wenige Plebejer sich entziehen, weshalb es unrecht ist, von den Patriziern es zu erwarten, es ist das Urtheil der öffentlichen Meinung, die für sie besteht. Sie können an ihrer eigenen Ueberzeugung nicht zweifeln, sie müssen glauben, die Stimme der Weisheit und der Tugend in jenen Tönen zu vernahmen, die ihnen seit ihrer Wiege als Orakel erklingen sind. Sie glauben in dem Gerichts-

hofe der Parteinurtheile den des allgemeinen Rechtswägen zu erkennen. Ein anderes mächtiges Hinderniß, welches den Handlungen eines so gestellten Patriziers entgegentritt, liegt in der Gewißheit, daß die Beweggründe seiner Thätigkeit bis zuletzt sowohl durch die Aristokratie, von der er sich trennt, als durch das Volk, dem er sich anschließt, verkannt werden müssen. Es erscheint so unnatürlich, wenn ein Mann gegen seinen eigenen Stand auftritt, daß die Welt geneigt ist, irgend einen Grund für das Geheimniß voranzusehen, außer jener rechtlichen Ueberzeugung und wahren Menschenliebe. „Es ist Ehrgeiz“, sagt der eine. — „Getäuschte Hoffnungen“, ruft der andere. — „Irgend eine Privatrage“, deutet ein Dritter an. — „Dem Böbel schmeichelnde Eitelkeit!“ bemerkt ein Viertes. Das Volk bewundert anfangs, darauf aber wird es mißtrauisch. Sobald er einem Volkswunsche entgegentritt, ist er verloren; man beschuldigt ihn, den Heuchler gespielt, das Schaffell umgehungen zu haben; und dann heißt es: „Seht, die Wolfszähne kommen zum Vorschein!“ Ist er vertraut mit dem Volk, so will er schmeicheln! Hält er sich entfernt, so ist es Stolz! Was hält denn einen Mann in einer solchen Lage aufrecht, wenn er, seiner innern Ueberzeugung folgend, doch alle Gefahren seiner Stellung übersehen? Er wird die sogenannte öffentliche Meinung beleidigen, die Anerkennung der Nachwelt aber wird ihm selten werden. Was hält ihn aufrecht? Seine eigene Ueberzeugung! Ein wahrhaft großer Mann fühlt eine gewisse Verachtung des Urtheils seiner Mitmenschen, indem er ihre Wohlfahrt befördert; ihr Glück oder ihr Unglück ist ihm alles; ihr Lob, ihr Tadel ist nichts für ihn. Er schreitet aus dem Kreise, den Geburt und Gewohnheit ihm gezogen; er ist unzugänglich für die kleinen Motive kleiner Menschen.

Aber Geister dieser Art sind selten. Nicht jedes Zeitalter kann sie hervorbringen. Sie sind Ausnahmen von der gewöhnlichen, menschlichen Tugend, welche, wenn durch äußere Umstände auch nicht verderbt, doch durch sie

wenigstens geleitet und beschränkt wird. In einer Zeit, in der es schon ein großer Beweis der Ueberlegenheit moralischer Kraft war, für die Stimme des Ruhmes empfindlich zu sein, konnte unmöglich jemand durch jenes verfeinerte Gefühl, durch jene reinere Anregung zu großen Thaten, durch jenes Bewußtsein des Ruhmes in dem eigenen Herzen, das so unermeßlich erhaben ist über den Wunsch, in der Meinung anderer Anerkennung zu finden, befeelt werden. Wir müssen auch in der That, ehe wir die Welt entbehren können, durch Nachdenken und Sorgen, durch die tiefe und traurige Ueberzeugung von der Eitelkeit alles dessen, was die Welt uns geben kann, uns über die Welt, nicht in der Begeisterung einer Stunde, sondern für die Dauer, erhaben haben; ein Idealismus, den so wenige, selbst von den Weisesten, in unserer weiseren Zeit erreichen! So lange wir aber nicht auf die Stufe gelangen, kennen wir nicht die allgenügende Macht des Bewußtseins, noch können wir uns in jenes Allerheiligste unseres Geistes zurückziehen, in dem wir wissen und fühlen, wie sehr unsere Natur der Selbständigkeit und Selbstherrlichkeit fähig ist!

Aber wir müssen zu den irdischen Angelegenheiten zurückkehren. Jene Rücksichten und Verhältnisse, die in ähnlichen Lagen so manchen rechtlichen und unternehmenden Mann zurückhielten, änzerten ebenfalls ihre Wirkung auf das Gemüth Nienzi's. Er fühlte sich in einer falschen Stellung. Sein Gewissen und seine Verunft nahmen Antheil an den Plan Nienzi's, und sein ihm angeborener Muth und Thatendrang mußten ihn veranlassen haben, die Gefahr ihrer Ausführung zu theilen, aber alle seine Verbindungen, alle Bande des Blutes und der Freundschaft unterlagten es. Wie sollte er gegen seinen Stand, gegen seine Familie, gegen die Gefährten seiner Jugend im geheimen wirken oder offen auftreten? Wenn von der einen Seite die Vaterlandsliebe ihn antrieb, so mußte er von der anderen Seite den gerechten Vorwürfen der Heuchelei und Undankbarkeit sich aussetzen. Wer würde ihn auch

an und zwingt die proletarischen früheren Unternehmer als Arbeiter in seine Dienste.

Solange die hier skizzierte Entwicklung nur in Marx "Kapital" stand, aber in einem sozialdemokratischen Blatte erörtert wurde, haben hundert dienstwillige Federn sie für Deutschland, für Preußen als nicht zutreffend erklärt. Was werden sie jetzt sagen, nachdem eine amtliche Zählung das Gegenteil bewiesen? Sie werden sich herauszuwinden versuchen, und wenn das nicht gelingt, nun, dann muß die Sozialdemokratie erst recht vernichtet werden. Wenn kein Beweis mehr gelingen will, daß ihre Lehren unsinnig sind, dann bleibt alleweil noch das Schimpfen und Drohen.

Mene tekel! Auch Belsazar wurde gesagt, was die schrecklichen Worte zu bedeuten hätten. Und auch die unsrigen es werden treiben, so lange es eben geht.

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. Juli.

Russifizierung des preussischen Vereinsgesetzes. Die militärische und politische Korrespondenz bestätigt, daß in politischen Kreisen die Anschauung vorwaltet, daß es sich bei der Aenderung des Vereinsgesetzes durch die Landtage, die Herr v. Bütticher im Reichstage angekündigt hat, nicht bloß um die Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereinigungen handelt. Man wird auch in Preußen und wohl auch anderwärts den Versuch machen bei dieser Gelegenheit, das Vereinsrecht der Arbeiter noch weiter einzuschränken.

Der lahme Amtschimmel hat sich den Anforderungen des Zeitalters des Verkehrs noch nicht anzubequemen verstanden. Ueberflüssig melden heute "Köln. Ztg." und "Nordd. Allgem. Ztg.", daß dem Berliner Kolonialamt und der Reichsregierung bisher noch keine Nachricht über den Fall Schröder zugegangen ist. Dies ist um so erstaunlicher, als die Kolonialbehörden schon mehrfach Gelegenheit hatten, sich mit der Person Schröder's zu befassen. So berichtet die "Köln. Ztg." folgendes auch von der "Nordd. Allgem. Ztg." wiedergegebenes:

Als Schröder noch die Plantage Lewa leitete, wurde wiederholt von seinem Bruder in Berlin Klage erhoben, daß die Regierung den Plantagenleiter bei der Beschaffung von Arbeitern nicht unterstütze; sie möge die entlaufenen Arbeiter wieder einfangen und Schröder wieder zuführen lassen. Die Regierung lehnte dieses Ansuchen mit Rücksicht auf die notorisch rohe Behandlung der Arbeiter durch Schröder ab. Als Gouverneur v. Wischmann den Ausbruch Lufschir's bekämpfte, erließ er bereits einen Ausweisungsbefehl gegen Schröder, den er aber später zurücknahm. Dergleichen führte der Gouverneur Hrbr. v. Soden bittere Klage über Schröder, worauf dessen Zurückberufung nach Deutschland erfolgte.

Einen publizistischen Anwalt hat Ehren-Schröder nun doch in der deutschen Presse gefunden. Die "Tägliche Rundschau" sucht in einem langen Artikel den sauberen Herrn reinzuwaschen. Wir heben aus demselben folgende für das hypernationale Blatt charakteristische Stelle hervor:

Sollte es sich bestätigen, wie wir nicht hoffen wollen, daß Schröder bei seiner Verhaftung in Buschhof, die von einem Unteroffizier nebst sechs Subanen bewirkt sein soll, Handwischen angelegt sind, so würde dieses unverantwortlich taktlose Benehmen dringend Sühne fordern. Denn das fehlte gerade noch, daß von Amts wegen auf solche Art das europäische Ansehen untergraben würde, auf das unsere Rechtsstellung sich stützt.

Wir glauben doch, daß die Schandthaten Schröder's, und wäre nur der hundertste Teil von dem wahr, was in den Zeitungen steht, das europäische Ansehen und unsere Machtstellung in Afrika mehr untergraben, als das energische Vorgehen gegen Schröder, das seine volle Rechtfertigung findet in den Grausamkeiten und Sittlichkeitsverbrechen, deren Schröder bezichtigt wird.

Die den Anarchisten befreundete „Post“ konstatiert mit hoher Befriedigung, daß es den Anarchisten in London gelungen ist, die Arbeiten des Internationalen Sozialistenkongresses durch Ständalzenen zu verzögern. Das Anarchistenorgan ist aber natürlich nicht ehlich genug, ihre Freunde dafür verantwortlich zu machen, sondern sucht durch Zitate aus dem englischen Blatt "Sun" den Ansehen zu erwecken, als ob die sozialistische Bewegung durch die von den Anarchisten absichtlich herbeigeführten Ständalzenen diskreditiert würde. Demgegenüber wollen wir darauf verweisen, daß das "Daily Chronicle", das zu den Ideen des Sozialismus eine direkte Gegenstellung einnimmt, doch unparteiisch über diese

für einen treuen Ketter des Vaterlandes gehalten haben, wenn er ein Verräther gegen seine Freunde wurde? So ward in der That

Die angeborene Farbe des Entschlusses
Durch des Gedankens bleichen Sauch getrübt.
Und er, der seiner Anlage nach zu einem Führer seiner Zeit geschaffen war, wurde bloß ein Zuschauer. Adrian suchte jedoch über seine jetzige Thatenlosigkeit sich durch die Ueberzeugung von der Nichtigkeit seines Benehmens zu trösten. Wer an dem Anfang bürgerlicher Umrwälzungen keinen Theil nimmt, kann oft, mit größerem Erfolg ein Vermittler zwischen den früher sich bildenden Leidenschaften und Parteien werden. Vielleicht war in Adrian's Lage das Högere wirklich die angemessenste Rolle für einen klugen Staatsmann. Dieselbe Stellung, die anfangs in den Hintergrund verweist, wird oft später eine einflussreiche.

Adrian erwartete daher schweigend und ruhig den Fortgang der Ereignisse. Wenn die Pläne Mienzi's mißlungen, so konnte er durch jene Unthätigkeit das Volk besser vor neuen Ketten, und dessen verunglückten Befreier vor dem Tode schützen. Hätten diese Pläne jedoch glücklichen Erfolg, so konnte er ebenso seine Familie vor der Volksmuth retten und, indem er für die Freiheit wirkte, der Unordnung Einhalt thun. Dieses waren wenigstens seine Hoffnungen, und so hielt die italienische Klugheit und Vorsicht seines Charakters die Begeisterung und den Muth der Jugend in Schranken.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Der „Süddeutsche Postillon“ präsentiert sich in seiner soeben ausgegebenen Nummer auf besonders ansprechende Art. Was den textlichen Inhalt betrifft, so sei nur erwähnt die interessante Skizze aus dem Leben Louis Blanc's, und von der Bilderschau wird die originelle Darstellung der türkisch-griechischen Kriegen und des deutschen bundesstaatlichen Partikularismus wohl jedermann ein paar vergnügte Augenblicke bereiten.

anarchistischen Machenschaften urtheilt. So schreibt es über die Dienstadt-Sitzung:

Die Rede des Herrn Landauer war eine angemessene Probe von dem Spiel, das den ganzen Nachmittag getrieben wurde: Die Resolution war angenommen worden, die es für jeden Anarchisten, der irgend welche Selbstachtung besitzt, hätte unmöglich machen müssen, auf dem Kongress zu bleiben; die Delegationen hatten die anarchischen Mandate für ungültig erklärt. Dennoch hielten die Inhaber dieser Mandate lange Reden, um sich über die Disqualifizierung zu beschweren.

Deutsches Reich.

— Zum Untergang des „Jilis“ wird dem „Berliner Tageblatt“ aus London gemeldet: Aus Schanghai wird telegraphirt, daß nach näheren Nachrichten der „Jilis“ mehrere Stunden vor dem Unfall nicht steuerbar gewesen ist. Trotz heldenmüthiger Anstrengungen des Kapitäns und der Offiziere war es unmöglich, ihn aus dem Sturmberich zu bringen. Zuletzt wurde das Schiff mit furchtbarem Gewalt an einen Felsen geschleudert, während es 6 Knoten per Stunde machte. Ein Mann klammerte sich an die Trümmer des Schiffes und wurde aus Meer getrieben. Der Kommandant des deutschen Geschwaders in Ostasien, Kontre-Admiral Tzipis, begab sich auf dem „Kaiser“ nach der Unglücksstätte.

— Das „Militär-Wochenblatt“, das in unserer Armee außerordentlich viel gelesen wird und wohl in seinem Offizierskreise fehlt, erklärt sich trotz der Stellung des Kriegsministers in einer seiner letzten Nummern begeistert für das Duell. Es schreibt, daß das Duell heututage in den besseren gesellschaftlichen Schichten etwas Unentbehrliches sei, und daß namentlich für das Offizierskorps das Duell gar nicht zu entbehren sei, wenn es nicht von der hohen Stufe der Ritterlichkeit, durch die es sich jetzt auszeichne, herabstinken wolle.

Derartige Lobpreisungen strafbarer Handlungen von der Armeeführung, scheint dem Herrn Kriegsminister doch nicht zu gelingen.

— Keine Gegner des Duells sind unsere höheren Beamten, wie aus der folgenden interessanten Korrespondenz des „Neuen Oberrhein Anzeigers“ aus Königsberg hervorgeht:

Zu einem Wortwechsel kam es vor kurzem während einer hier auf dem Schloßtheater veranstalteten „italienischen Nacht“ im „Börse-Garten“ zwischen einem Vorstandsmitglied und einem Gast. Der übrigens ohne Eintrittskarte erschienene Gast, ein Regierungsassessor, ließ am folgenden Tage das Vorstandsmitglied durch seinen Kartellträger zum Duell auf Pistolen fordern. Dieses Ansuchen wurde zurückgewiesen. Der Kartellträger, ebenfalls ein Regierungsassessor, soll die Forderung in einem formlosen Schreiben an den Beforberten übermittelt haben. Die Direktion des Börse-Gartens, durch die der Kartellträger eine Eintrittskarte zum Börse-Garten erhalten hatte, erklarte in jenem Schreiben eine Kränkung ihres Mitgliedes und damit auch ihrer selbst und entzog jenem Herrn die Eintrittskarte. Nun trat das Regierungs-Kollegium für den Herrn ein. Obwohl zugegeben werden mußte, daß die gegangenen Folgerungen aus jenem Schreiben nicht unbedeutend seien, haben der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Graf Wilhelm von Bismarck, der Regierungspräsident und eine große Anzahl von Assessoren und Referendarien nebst einigen anderen Regierungsbeamten ihre Eintrittskarten zum Börse-Garten der Direktion zurückgeschickt, weil die von dieser dem Kartellträger gestellte Bedingung, ein Entschuldigungsbrief, für diesen unannehmbar sei. Da wird wohl den wackeren Vertretern des profanen Bürgerthums nichts anderes übrig bleiben als die Herren Regierungs-Assessoren unterthänigst um Entschuldigung zu bitten.

— Eine Landtags-Ersatzwahl ist in Heiligenbeil-Pr. Eylau infolge der Ernennung des Kreisdeputierten und Landtags-Abgeordneten v. Etern in Wandels zum Landtag des Kreises Pr. Eylau notwendig geworden. Die Wahl wird am 19. September stattfinden.

— Frauen-Stimmrecht in der preussischen Handelskammer-Novelle. Auf eine bemerkenswerthe, bisher noch nicht beachtete Aenderung in dem Entwurf zur preussischen Handelskammer-Novelle macht die „Soziale Praxis“ aufmerksam. Nach geltendem Recht kann bei Handelskammer-Wahlen eine Frau ihre Stimme nur „durch den im Handelsregister eingetragenen Prokuristen“, nach dem Verlesch'schen Entwurf nur „durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen oder Handlungs-Bevollmächtigten“ abgeben. Danach genossen zwar Inhaberinnen großer Firmen ein Wahlrecht, aber nicht die kleinen Kauffrauen. In der Novelle wird solchen Kauffrauen, die keinen eingetragenen Prokuristen oder Handlungs-Bevollmächtigten haben, die Bestellung eines besonderen Stellvertreters für die Wahl gestattet. Nun ist freilich, wie die genannte Zeitschrift fortführt, noch weniger einzusehen, wiewegen die Kauffrau ihr Stimmrecht nicht auch in eigener Person ausüben können.

— Ausnahmen vom Verbot des Detailreisens. Der Handelsminister hat die Regierungspräsidenten zur Aeußerung darüber aufgefordert, welche Gruppen von Gewerbetreibenden wohl von den Bestimmungen der letzten Gewerbe-Ordnungs-Novelle, betreffend das Verbot des Detailreisens, ausgenommen zu sein wünschten.

— Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb suchen die betheiligten Kreise jetzt energisch anzunehmen. In Berlin hat sich eine Vereinigung gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jedes unlautere Gebahren im geschäftlichen Vertriebe eventuell durch Hilfe der Gerichte abzustellen. Die Vereinigung wird geleitet von dem Obermeister der Tischlerinnung, Herrn Marzschall, und besteht vorläufig aus den Innungen der Drechsler, Schneider, Schuhmacher, Tapezierer und Tischler und dem Verein Berliner Möbelhändler. Die Schuhmacher-Innung war als erste auf dem Plan; sie hat bereits am 8. d. M. 8 jähliche Geschäfte bezeichnet, die unlautere Kellame u. s. w. trieben. Die Vereinigung hat gegen alle drei Klage erhoben und in einem Falle eine vorläufige Verfügung des Gerichts erwirkt, die die weitere Verbreitung der Kellamegattung sofort verbot.

Aus Hamm i. Westf. wird gemeldet: Der Vorstand des Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe veröffentlicht folgenden Aufruf: „Mitbürger von Stadt und Land! Wir richten an unsere verehrlichen Mitglieder die Bitte, zur Befreiung von Treu und Glauben im Geschäftsverlehe jedwede unlautere oder verschleierte Angabe über Beschaffenheit und Preisangabe zc. von Waaren zu unserer Kenntniß zu bringen, behufs Untersuchung und event. Verfolgung der Angelegenheit.“

— Auf dem nächstjährigen Zusehtage, der, nachdem die Einladung der Stadt Gros erfolgt ist, voraussichtlich in dieser Stadt im September 1897 stattfinden wird, werden folgende Fragen allgemeinen Interesses berathen werden:

Empfiehlt sich die Einführung eines Heimstättenrechts, insbesondere zum Schutze des kleinen Grundbesitzes gegen Zwangsversteigerung?

Welche Stellung ist in dem zu erwartenden Versicherungsgesetze den Versicherungsgesellschaften auf Gegenleistung zu gewähren?

Die Behandlung des dolus eventualis im Strafrecht bezw. im Strafprozeß.

Empfiehlt sich ein Versuch der Deportation nach den Kolonien als Strafe?

Empfiehlt sich der Vorschlag bedingter Wagnadigung für den Fall der Auswanderung?

— Von einem Staatsanwalt in München ergange die „Münch. Freie Presse“ eine bezeichnende Aeußerung. Ein gegen den Redakteur der „Münch. Freien Presse“ angehängter Majestätsbeleidigungsprozess endete vor dem Schwurgericht mit der Freisprechung des angeklagten Redakteurs. Das gab dem damaligen Staatsanwalt — Guggenheimer — Veranlassung, an die Geschworenen die Frage zu richten, wie sie denn nur dazu gekommen wären, ein freisprechendes Urtheil zu fällen, worauf einer der Geschworenen antwortete, daß ihnen die Notiz keine Majestätsbeleidigung zu enthalten schiene, da sie sich ausdrücklich nur gegen einen Parlamentarier wende. „Das thut mir aber sehr leid“, erwiderte darauf der Staatsanwalt. „Der Angeklagte ist ein ganz gefährlicher Demagoge. Auf den habe ich schon lange gewartet.“ (Und wird hoffentlich noch länger auf ihn warten müssen als auf — Beförderung.)

— Zur Handwerker-Gesetzgebung schreibt die „Böhmische Sozial-Retz.“: Man erkennt in diesen Vorschlägen den guten Willen der Reichsregierung, aber man darf sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Vorlage, auch wenn sie Gesetzeskraft erhält, mit einer tauben Ohr zu vergleichen ist. Sie wird das Handwerk nicht aus seinen Nöthen erretten; das kann keine Regierung, auch wenn sie den von manchen Handwerkerfreunden so heiß ersehnten Befähigungsnachweis einführt, von dem die Vorlage jedoch weise schweigt.

— Auf dem nächsten Drechsler-Innungstag, der anfangs August hier stattfindet, soll unter anderem behandelt werden: Das Bernsteinmonopol und dessen Folgen für die Drechslererei. Das neue Gesetz betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Die Gesetzesvorlage betreffend die Organisation des Handwerks.

— Ueber das Programm des 48. Katholikentages verräth die Vorländer „Trenonia“ bereits einiges. Neben der Arbeiterfrage wird die Agrarfrage und die Handwerkerfrage zur Erörterung gelangen. Ueber die Agrarfrage werde ein gewiegter, in allen Kreisen hochangesehener Parlamentarier sprechen. Das Blatt hofft, daß der diesjährige Katholikentag in katholischen bäuerlichen Kreisen auf der ganzen Linie die Ueberzeugung zum Durchbruch bringen werde, daß nicht durch einseitige Sonderbestrebungen, sondern nur durch ruhiges Abwägen des Möglichen und durch Innehalten einer Mittellinie das Heil für die katholischen Deutschlands zu suchen sei.

— Amtsentsetzung wegen Nichtgrahens eines Landrats. Gegen einen ehrenamtlichen Gemeinderath zu Hofgeismar, den Gutbesitzer Neuge, wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er den dortigen Landrath auf der Strafe nicht eingestrichelt habe. Wie die „Hess. Blätter“ berichten, hat der Kreis-Ausschuß in Hofgeismar thatsächlich über den Fall zu Gericht gesessen und ein Urtheil auf Absetzung des N. gefällt, weil derselbe „durch Nichtgrahen seines Landrathes sich einer groben Dienstverletzung schuldig gemacht habe“. Den Vorbehalt in dieser Sitzung führte der konservative Landtagsabgeordnete Freiherr v. Pappenheim-Liebenau.

— Ein Graf Reventlow, der plötzlich ein Führer der Antisemiten in Schleswig-Holstein geworden sein soll, hat sich, wie die „N. B. Ztg.“ zu berichten weiß, früher als gerichtlicher Vertheidiger der dänischen Publizisten in Nordschleswig bemerkbar gemacht und galt dann für einen Anhänger der Sozialdemokratie.

Was die letztere Behauptung des Organs der Kohlenjunker betrifft, so ist sie einfach gelogen. Ein Graf Reventlow hat weder jemals unserer Partei angehört noch in direkter oder indirekter Weise für dieselbe gewirkt.

Stettin, 27. Juli. Bezüglich des hier wegen Veruntreuung von 35 000 M. Kirchengeldern in Untersuchungshaft befindlichen Pastors Kauh aus Gladow schreibt die „Ostsee-Zeitung“: Kauh verbrachte sehr viel Zeit auf Reisen. Ost kam er erst in der Fröhe des Sonntags von einer fünf- bis sechstägigen Reise zurück, um wenige Stunden später auf der Kanzel zu stehen. Man vermutet, daß er zu dem Geldschrank, der für die Kirchentasse angeschafft wurde, vom Fabrikanten die Duplikatschlüssel gleich bei der Lieferung in Empfang genommen hat; er brauchte dann also gar keinen Nachschlüssel, um an den Kirchensäckel zu kommen. Von einigen Obligationen sollen nur die Talons und Koupons gefunden sein, die Stücke selbst aber fehlen. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung und seiner eigenen Angabe soll Kauh anfangs nur wenig aus der Kasse und dies natürlich in der Absicht genommen haben, es wieder beizulegen. Da er dies jedoch von seinem Einkommen bei seiner Lebensweise nicht erübrigen konnte, so woltte er das Glück zu seinen Gunsten mit Gewalt heranzubiegen. Zu diesem Zweck spielte er einen Haufen Loose in der preussischen und auch noch in allen möglichen anderen Lotterien. Für hunderte von Loosen mußte er fortwährend zahlen, wofür die Kirchentassengelder dienten. Auf diese Weise wuchs das Defizit zu der für ihn unersehlichen Summe an.

Thorn, 28. Juli. Wegen der Hochverraths-Angelegenheit sind jetzt im ganzen neun Personen verhaftet worden.

— Wo zu das Militärverbot gut ist. Aus Rache denunzirte ein Sekretär der Weisensfelder Hofaren den Wirth des Restaurants „Zu den Kossanien“, es lägen bei ihm sozialistische Schriften aus, was nicht der Fall ist. Darauf wurde das Lokal mit dem Militärverbot beklagt.

Strasbourg i. G., 29. Juli. (Fig. Ber.) Der Antrag der sozialdemokratischen Gemeinderäthe: die städtischen Lokale zur Abhaltung von Versammlungen politischen und religiösen Charakters zu überlassen, wurde in der Sitzung vom 22. Juli mit 21 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Hauptgegner waren Bürgermeister Vach und Jakob, ein elsass-lothringischer König Stumm.

Strasbourg i. G., Ende Juli. („Corr. f. D. B.“) Die Buchdruckerfarben sind verboten — das ist die neueste Kunde aus dem Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ — aus Elsas-Lothringen. Warum? — weil in der Farbenzusammensetzung roth-gelb-blau-weiß-schwarz zufälligerweise die Farben der französischen Tricolore enthalten sind. 450 Jahre sind es her, seit Kaiser Friedrich III., der Zeitgenosse Gutenberg's dem Strassburger Buchdrucker Mentel das Wappen in den genannten fünf Farben verlieh, und über hundert Jahre sind es her, seit die französische Tricolore entstand, aber unserer heutigen Zeit, speziell der Strassburger Polizeibehörde, blieb es vorbehalten, die Entdeckung zu machen, daß die Buchdruckerfarben der Tricolore ähneln und somit staatsgefährlich sind. Unklügel eines Sängerkreises in unserer schweizerischen Nachbarstadt Basel unternahm der Strassburger Buchdrucker-Gesangverein Typographia einen Ausflug dorthin unter Mitnahme seiner Fahne mit den obligaten fünffarbigen Zehnenschleifen und dito Vereinsabzeichen. Die Folge war — auf erfolgte Denunziation — zunächst eine Untersuchung und das vorläufige Verbot des Tragens der Vereinsabzeichen. Die Affäre bildet ein würdiges Seitenstück zu der im „Correspondent“ gemeldeten Untersuchung gegen den Vorstand des Verbandes der Buchdrucker wegen Ueberweisung von Betruten an die Fremdenlegation, die durch die Stempelmarken (so. Gegenständigkeitsmarken) für die französische Behörde kenntlich gemacht worden sein.

— Die elsass-lothringische Volkspartei will zum ersten Male anlässlich der im Wahlkreise Schlettstadt notwendig gewordenen Ersatzwahl zum Reichstage mit einer Kandidatur hervortreten. Der Begründer der Partei, Reichsanwalt Blumenthal aus Colmar, wird sich um das Mandat bewerben.

— Zum Fall Peters. Von dem Vorstand der Abtheilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft geht der „Nat. Ztg.“ die Mittheilung zu, daß derselbe wieder eine Denkschrift verfaßt, nach durch eine solche den Gesamtvorstand der Gesellschaft ersucht hat, bei der Reichsregierung die geeigneten

Schritte zu thun, um eine Beskleidung der gegen Dr. Peters schwebenden Untersuchung herbeizuführen. —

— Die „Königliche Volks-Ztg.“ beschwert sich, daß wir sie der Unterfütterung der russischen Anleihe in vielleicht etwas zu energischer Weise geziehen haben. Wir wollen gerne konstatieren, daß keine Beziehung zwischen Annahme von Insuraten der russischen Anleihe und der Haltung der Presse bestehen muß. Daß aber solche Beziehungen häufig existieren, weiß man in der Redaktion der „Königlichen Volks-Zeitung“ ebenso gut wie in der des „Vorwärts“. Nachtragen wollen wir, daß kurz vor Auslieferung der Anleihe die „Königliche Volks-Ztg.“ eine kurze Notiz über den wirtschaftlichen Niedergang Rußlands mit Beziehung auf die Anleihe gebracht hat. —

Schweiz.

Zürich, 28. Juli. (Sig. Ver.) Die Massendemonstrationen in Ansehung gegen die Italiener haben sich heute Abend in fast verstärkter Weise wiederholt und das Zerstückeln von italienischen Wirtschaften und Massenquartieren wurde fortgesetzt. Ein Mann wurde von einer Revolverkugel getroffen. Sechs Polizisten hieben mit blanken Säbeln in die Menge; nach 11 Uhr erfolgten Angriffe auf das ausgerückte Militär. Das Justizdepartement in Zürich verlangte vom Militärdepartement respektive Bundesrath in Bern die Erlaubnis zur Verwendung des in Zürich diensttunenden Infanterie-Regimentsbataillons, welche gewährt wurde. Die Soldaten sind mit scharfen Patronen versehen worden. Da abermals zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, dürften diese die Zahl von 100 weit überschreiten; indessen sind manche Verhaftete auch wieder entlassen worden. Das italienische Konsulat in Zürich hat von der Regierung militärischen Schutz für die bedrohten italienischen Wirtschaften erbeten, der auch gewährt wurde. Inzwischen dauert aber die Aufregung fort und man will aus dem Schooße der Bevölkerung heraus selbst eine Bürgerwehr bilden, um sich vor der italienischen Gefahr zu schützen. Es ist eine böse Saat, die da aufzugehen ist, allein die fortwährenden Ausschreitungen und Massenerzesse der Italiener müssen einmal zu dieser Reaktion führen. Nun müssen die Unschuldigen mit dem Schuldigen leiden, wie dies in solchen Fällen immer geschieht.

Diese Vorgänge sind sehr bedauerlich, aber sie sind in der That menschlich erklärlich aus dem Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, welches sich nach den zahlreichen Massenüberfällen der Bevölkerung bemächtigt hat, die am Abend kaum einen Schritt vor das Haus machen kann, ohne Gefahr zu laufen, von einem Italiener niedergestochen zu werden. Die eigentlichen Urheber und Verantwortlichen sind Crispi und Konforti, die das italienische Volk in verbrecherischer Weise verwahrlosten und verkommen lassen, die ungezählte Millionen, statt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, zur Hebung und Förderung des Unterthums, dem militärischen Großmachtstolz opfern und für das afrikanische Abenteuer verschleudern. Jene diplomatischen Verbrecher sind die Schuldigen, sie entgehen aber dem verdienten Schicksale.

Ein Telegramm der „Frei. Ztg.“ aus Zürich besagt: Die Italiener verziehen in Scharen die Stadt. Das italienische Konsulat war gestern fortwährend mit abreisenden Italienern umlagert. Gestern Abend fanden 400 Männer und Frauen mit Säcken und Pack an Bahnhof zur Abfahrt bereit. Die Hausbesitzer haben aus Furcht vor Demolirung ihrer Häuser die italienischen Bewohner ermittelt, die nun obdachlos sind. Viele kampieren in den nahen Waldungen. Die Regierung erließ einen Aufruf an die Bevölkerung zur Ruhe. Abgesehen von Aufruhr ist es in der Stadt ruhig geblieben.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet aus Zürich: Gestern, abends 1/2 11 Uhr waren kaum noch 100 Personen vor der Kaserne versammelt. Es herrscht jetzt vollkommene Ruhe. Abends wurden noch einige Verhaftungen vorgenommen.

Nachdem über 1500 italienische Arbeiter die letzte Nacht in einer Waldung bei Zürich zugebracht hatten, wobei sie Wachtfeuer angezündet und Wachtposten aufgestellt hatten, reisten sie heute in großen Massen entweder nach entfernteren Orten oder nach Italien ab. Nachmittags rückten 2 Bataillone Infanterie aus dem Seebezirk und 80 Mann Kavallerie ein und besetzten abends verschiedene Punkte. — Die Züricher Regierung erließ abends einen Aufruf, in welchem die Verdüsterung unter Androhung von Strafe aufgeföhrt wird, die Thätigkeit der Polizei nicht durch Demonstrirungen zu hemmen. Abends hält sich in der Vorstadt Aufruhr viel Volk in den Straßen auf, doch ist die Ruhe bisher nicht gestört worden. — Nachmittags wurden 2 Italiener von der Menge verfolgt; sie verteidigten sich mit Revolvergeschüssen und schickten in ein Haus, in dem sie belagert wurden, bis die Polizei sie befreite. —

Frankreich.

Paris, 29. Juli. (Sig. Bericht.) Die zeitweilige Amtsenthebung des Bürgermeisters von Ville erregt hier in allen rechtlich denkenden Kreisen großes Aufsehen. Die Maßregel ist ebenso willkürlich wie unerwartet. Es ist eine von unparteiischen bürgerlichen Berichterstattern festgestellte Thatsache, daß Genosse Delory durch seine Geistesgegenwart und Kaltblütigkeit das schlimmste Verbrechen hat. Nur seinem großen Einflusse auf die Viller Arbeiterpartei ist es zu danken, daß kein Blut geflossen ist. Wie im bürgerlichen Blatte „Leclair“ konstatiert wurde, erkennen selbst die Wortführer der Viller Bourgeoisie die Verdienste Delory's um die Aufrechterhaltung der Ordnung. Und nun kommt der Präfekt Del-Durand und suspendiert ihn vom Amte, weil er „alle seine Pflichten verliert“, indem er an einer Kundgebung theilnahm, die „schwere Ungehörigkeiten hervorgerufen hat“. Der präfektorale Beschluß ist schandenhalber vordatiert worden. Er trägt das Datum vom 24. Juli, während er offiziell erst den 28. Juli der Presse mitgeteilt wurde und, was noch wichtiger, sich ausdrücklich auf die Ereignisse des folgenden Tages, des 26. Juli bezieht. Wozu der plumpe Kniff? Um die Thatsache zu verhillen, daß der Präfekt, der als Augenzeuge der Vorgänge den Maire von Ville für die provokatorischen Ausschreitungen der Bourgeoisiejugend nicht verantwortlich machen konnte, im Auftrag der sozialistenbiederischen Regierung gehandelt hat. Die vor zwei Tagen in einem offiziellen Abendblatte erschienene Notiz, die Regierung beabsichtige die Verletzung Del-Durand's, war für diesen ein Wink mit dem Jammspöhl. Der geübte Präfekt mag sich vielleicht durch den Willkür-Akt die Gunst der Regierung wieder erworben haben, die Sozialdemokratie wird hingegen sicherlich dabei gewinnen, wie das noch bei jedem gegen sie geführten Gewaltschlag der Fall war. Ein bürgerlich-radikales Blatt beurteilt die Angelegenheit in folgender Weise: „Terarliche Unterdrückungsmaßregeln können nur dazu führen, die Arbeiterbevölkerung von Lille immer mehr und mehr in die Arme des Kollektivismus zu treiben.“

Nach ein. Del-Durand war so ungeschickt, mit der Amtsführung an stelle Delory's den ersten Bürgermeister-Adjunkten, Dr. Debierre, zu betrauen, trotzdem dieser gerade an der Kundgebung theilnahm, die Delory zum Verbrechen angerechnet wird. Debierre war es, der die Willkommen-Ansprache an die ausländischen Kongreßgäste hielt. Das steht der Haupt- und Staatsaktion die Krone der Lächerlichkeit auf.

Die Kampfbühne der Ordnungspresse finden übrigens die Maßregel zu gelinde. Sie verlangen die definitive Amtsenthebung Delory's. Will die Regierung das Länglein wagen, unsere Genossen sind bereit, ihr anzupfeifen. Delory's Wiederwahl wäre ebenso sicher, wie die Wiederwahl der sozialdemokratischen Mehrheit des Gemeinderathes im Falle der Auflösung desselben. —

— Die russische Anleihe soll in Frankreich vierzigfach überzeichnet worden sein.

England.

London, 30. Juli. Infolge des Gerüchtes, daß 2 Mitglieder des Parlaments sich an den Präsidenten Krüger gewandt haben, um denselben zu einer Fürsprache zur Milderung der Strafen Jameson's und seiner Genossen zu veranlassen, schreibt das Parlamentsmitglied Wyndham an die Zeitungen, Jameson habe, nachdem das Urtheil ergangen war, ihn beauftragt, auf die Unterlassung jedes derartigen Schritts hinzuwirken. Er — Jameson — und seine Freunde hätten sich bei der Entscheidung des Gerichtshofs berühmt über Verzicht auf die Berufung; sie hätten entschieden das Gefühl, daß irgend eine Einmischung der Regierung von Transvaal nach keiner Richtung hin zu rechtfertigen und ausnehmend peinlich für sie alle wäre. —

Italien.

Rom, 29. Juli. Der Senat vertagte sich nach Erledigung der Tagesordnung auf unbestimmte Zeit.

Zanlono, der frühere Generalkommandant der „Banca Romana“, ist heute gestorben; anlässlich des italienischen Panamastandales, der dank der Unschuld Crispi's für die Schuldigen glimpflich abgelaufen war, wurde sein Name vielfach genannt. Er stand mit Crispi in den intimsten persönlichen und geschäftlichen Beziehungen, richtete die von ihm geleitete Bank, die er Jahre hindurch durch Fälschungen und Betrug vor dem Bankrott bewahrte, zu grunde. Trotzdem wurde er freigesprochen. Ein hervorragender Zug des Verstorbenen war seine zur Schau getragene Frömmigkeit. —

Spanien.

Migo, 30. Juli. Die Arbeiter der Konserven-Fabriken veranstalteten Kundgebungen gegen den Gesetzentwurf betreffend das Salz-Monopol. —

Norwegen.

Christiania, 30. Juli. Die Session des Storting wurde heute geschlossen. —

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratische Partei Mecklenburgs und Lübeds hält ihren diesjährigen Parteitag am 13. und 14. September in Stehr's Etablissement in Lübeck ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vertrauensmannes für beide Mecklenburg; 2. Kasernenbericht; 3. Agitation und Organisation; 4. Unsere Presse; 5. Berathung etwaiger Anträge; 6. Wahl des Vertrauensmannes für beide Mecklenburg. Etwaige den Parteitag betreffende Anfragen sind an den Vertrauensmann für beide Mecklenburg, Genossen Erdbeer in Rostock, Grüner Weg 8, zu richten.

Die Ansichten unserer Partei bei den oldenburgischen Landtagswahlen schildern die dortigen gegnerischen Blätter als günstiger denn früher. Sie appelliren an die bürgerlichen Parteien, vereint vorzugehen, sonst würden sozialdemokratische Kandidaten in den Landtag einziehen. Mit besonderer Sorge setzen sie dem Ausgang der Wahl im Amt Jever entgegen, wozu die Gemeinde Wamte gehört. In Wamte erscheint bekanntlich unser Bruderorgan, das „Norddeutsche Volksblatt“. Mag nun das Ergebnis der Wahl sein, welches es wolle, daß es wieder einen bedeutenden Fortschritt unserer Partei feststellen wird, dafür bürgt die fleißige Agitation der oldenburgischen Sozialdemokratie.

Aus dem Elbth. Die Notiz in Nr. 178 des „Vorwärts“, wonach dem Genossen Böhle in Straßburg von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden sein sollte, daß die gerichtliche Untersuchung in dem sogenannten Geheimbundprozeß eingestellt wäre, ist nicht richtig. Die Mittheilung der Staatsanwaltschaft bezog sich auf einen eingeleiteten Kolportageprozeß. Die Straßburger Polizei hatte bei einer Zeitungsüberprüfung ein Exemplar der diesjährigen Waizeitung beschlagnahmt. Diese sollte nach der Ansicht der Polizei verboten sein. Böhle bestritt dies und wies nach, daß die Waizeitung von den Abonnenten der „Volksstimme“ bestellt war. Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren eingestellt. Das Schicksal des „Geheimbunds“prozesses ist also noch nicht entschieden.

Die polnische Sozialdemokratie Oesterreichs hat als Kandidaten für die neugeschaffene fünfte (Arbeiter-) Kurie des Reichsrath's (des österreichischen Parlaments) die Parteigenossen Reger in Prag, Jelański in Warschau, Stanislaw Dazynski in Krakau und Hudec in Lemberg aufgestellt.

Todtenliste der Partei. Die Beerdigung unseres Genossen Emil Beck ging, wie unser Züricher Korrespondent schreibt, unter zahlreicher Theilnahme der deutschen und schweizerischen Genossen vor sich. Aus Winterthur, Zugern und Basel waren von den Arbeiterunions, Schneidersvereinen, deutschen Vereinen und sozialistischen Mitgliedschaften Deputationen mit Kränzen und Fahnen erschienen und in Zürich selbst wurden so viele Kränze mit rothen Schleifen und Inschriften und ferner Bouquets gesendet, daß der Sarg unter dem Blätter- und Blumenschmuck fast verschwand. Erwähnt sei, daß auch das Zentralkomitee des Gräblichvereins in Winterthur, das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes, der Bundesauschuß der deutschen Sozialisten, die Züricher Arbeiterinnen und die russischen Sozialisten Kränze mit Schleifen spendeten. Im Trauerzuge wurden 12 schwarzumfahnte Fahnen mitgeführt. Am Grabe sprachen die Genossen Mang, Pang und Hell, letzterer namens des schweizerischen Schneidersverbandes. Alle drei Redner würdigten die Verdienste des verstorbenen Genossen um die Arbeiterbewegung, dessen Andenken am besten gefeiert wird, wenn wir in seinem Sinne und Geiste fernherhin wirken und diesem Bestreben zum Siege verhelfen. — Genosse Beck hinterläßt eine Wittwe und Sohn und Tochter, die aber selbst ihr Brot verdienen und in Genuß in Stellung sind.

Vollzeilliches, Gerichtliches etc. — Zur Verurteilung des Genossen Scheidemann, Redakteur der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ in Gießen, der wegen Verleumdung von Offizieren des dortigen Infanterieregiments 200 M. bezahlen soll oder andernfalls 20 Tage im Gefängniß betrachten über die deutsche Pressefreiheit anstellen könnte, ist nachzutragen, daß der Staatsanwalt die hohe Strafe von 3 Monaten Gefängniß beantragt hatte, obwohl Genosse Scheidemann bis dato mit der Themis noch nicht in Konflikt gerathen war.

Genosse Dertel in Nürnberg hat am 27. Juli die zweimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm in der Märzschächlichen Streikangelegenheit, wo er zum Nutzen beider Theile Frieden stiften wollte, vom Landgericht wegen angeblicher Nötigung auferlegt worden ist. Weiter ist in Nürnberg Genosse Wreder auf 14 Tage ins Gefängniß gegangen, weil er einen Unternehmer beleidigt haben soll.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Berlins! Vom Streik der Hutmacher sind noch 400 Personen zu unterstützen, die vorläufig von den Unternehmern nicht wieder eingestellt wurden. Die Hutmacher haben bei ihrem Kampfe trotz der geringfügigen Unterstützung, die sie bezogen, eine Ausdauer und Energie gezeigt, die ihnen wohl die Sympathie der gesammten Arbeiterschaft sichert. Wir ersuchen nun die Arbeiter Berlins, die Hutmacher auch ferner durch Geldmittel nach Kräften zu unterstützen, damit den Opfern des Kampfes das zum Leben nöthige auch ferner gewährt werden

kann. Steuern am nächsten Jahrtage jeder Klassenbewußte Arbeiter und jede Klassenbewußte Arbeiterin Berlins ihr Scherlein bei, eingedenk der thatkräftigen Solidarität, die die Hutmacher bei den Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften von jeher bewiesen haben und immer beweisen werden. Die Lohnkommission der Hutmacher.

Gelder nimmt entgegen C. Kempe, Berlin NO., Weinstraße 12.

An die Einseher (Tischler) Berlins! Kollegen! Die letzte öffentliche Einseher-Versammlung am Sonntag, den 19. Juli, beschloß: 1. Streikartien herauszugeben, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, darauf zum Streikfonds zu zeichnen; 2. Tarife (gedruckt) herauszugeben, damit die Kollegen über die zu verlangenden Preise informiert sind und diese Preise beim Eingehen eines Arbeitsverhältnisses zu den ihrigen machen; 3. an allen kommenden Sonntagen, vom mittags von 10 bis 12 Uhr in folgenden Lokalen freiwillige Beiträge zum Streikfonds entgegenzunehmen: Franz Kleinert, Müllerstr. 7a; Richard Dabiel, Rosenhalestraße 57; Fritz Felgentreff (Zur alten Linde), am Kottbuser Thor; Fritz Wille, Andreasstr. 26; H. Werner, Wilowstr. 69; Kladziwa, Wadstr. 29; Holzbacher, Turmstr. 84; Schmidt, Diebshofener- und Treckowstraße-Gede.

Gleichzeitig gelangen die Tarife daselbst zur Ausgabe. Kollegen, theiligt Euch recht rego an den Sammlungen; zeigt, daß Ihr gewillt seid, Eure Lage zu verbessern. Die Fänscher-Kommission. J. A.: R. Millarg.

Der Sickerreibesiger Herr Franz Sperner in Berlin, Mathieustr. 18, ersucht uns mitzutheilen, daß die in Nr. 178 des „Vorwärts“ vom Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Verbandes veröffentlichte Angabe, wonach ihn Arbeiter für gesperzte Firmen gegoffen würden, unvahr sei. Herr Sperner erklärt, nicht für gesperzte Firmen zu gesoffen, und behauptet, seine Leute wären von der Streikkommission der Metallarbeiter gezwungen worden, die Arbeit niederzulegen.

Letztere Behauptung ist selbstverständlich unzutreffend. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß Herr Sperner und Sickerreibesiger des Herrn Sperner der Streikkommission die Mittheilung machten, es würden in seiner Fabrik Modelle für gesperzte Firmen gegoffen. Auf ihre Anfrage, wie sie sich zu verhalten hätten, stellte die Streikkommission es ihnen anheim, ob sie die Arbeiten ausführen wollten oder nicht. Ohne daß also ein Zwang auf sie ausgeübt worden wäre, erklärten die Arbeiter des Herrn Sperner tags darauf der Streikkommission, daß sie die Arbeit niedergelegt hätten.

Herr Sperner hat nun insofern recht, als er allerdings Arbeiten für gesperzte Firmen nicht anfertigt, aber er stellt die Arbeiten her, die bisher von diesen Firmen angefertigt wurden. Hätte Herr Sperner es nicht abgelehnt, mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln, so wäre es höchst wahrscheinlich gar nicht zur Arbeitsniederlegung gekommen.

Ueber den internationalen Tabakarbeiter-Kongreß, der vom 19. bis 25. Juli in London tagte, erhalten wir folgenden Bericht: Der Kongreß war von 12 Delegirten besetzt und zwar hatte Deutschland 1 (Junge-Bremen), Schweden, Norwegen und Dänemark 1, die Schweiz 1, Belgien 4, Holland 2 und England 2 Delegirte gesandt. Nachdem man die Berichte über die Lage der Tabakarbeiter in den einzelnen Ländern gehört hatte, wurde mit Rücksicht auf England der Beschluß gefaßt, jährlich pro Mitglied der Organisation 2/3 Gents (?) Beitrag zu zahlen. Damit wurde der bis dahin noch ausstehende Anschluß Englands an die Gesamtorganisation perfekt. Durch mehrere Resolutionen, die sich mit der Frage der Agitation, der Propaganda, der Kampfesweise der Hausindustrie etc. beschäftigten, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Interessen der Tabakarbeiter nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete wahrgenommen werden müssen. Bei Streiks und Aussperrungen soll gegenseitige Unterstützung plangreifen. Mitglieder, die ein halbes Jahr ihrer Organisation angehören, treten sofort in die Rechte der Organisationen anderer Länder ein. Der Kongreß soll alle drei Jahre, möglichst in Verbindung mit dem Internationalen Sozialistenkongreß, stattfinden. Als Sekretär wurde J. g. t. s. - Belgien wiedergewählt. Am Schluß konstatierte der Vorsitzende mit besonderer Freude den Anschluß der englischen Tabakarbeiter an die Gesamtorganisation.

Aus Oberschlesien kam kürzlich die Nachricht, daß 108 Bergleute wegen Theilnahme an einer „gehime Verbindung“ unter Anklage gestellt sind. Nach der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ kann die „gehime Verbindung“ nur darin bestehen, daß die Bergleute dieses ihr Fachorgan gehalten haben, denn irgend welches Organisationsverhältnis besteht nicht. Da nämlich die ober-schlesischen Berg- und Hüttenleute nicht genügend vorgebildet sind, um eine geordnete Organisation über alle Klippen der Geseßgebung hinweg zu führen, hat der Verlag der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ sich entschlossen, in Oberschlesien einige Agenten anzustellen zum Vertrieb der Zeitung. Wohlgemeint: Es sind in Oberschlesien keine Verbandsmitglieder, welche die Zeitung erhalten, sondern nur Abonnenten. Demnach steht der Verlag mit den ober-schlesischen Lesern der Zeitung nur in geschäftlicher Verbindung.

Das genannte Bergarbeiter-Organ bringt noch markante Beispiele von polizeilichem Vorgehen gegen die Zeitungsgenossen; es genügt, eines davon wiederzugeben, um zu zeigen, unter welchen Verhältnissen die Klassenbewußte Arbeiterschaft Oberschlesiens leben muß. In Königshütte hatten wir, sagt die „Bergarb.-Ztg.“, den Kameraden Joseph Dylong beauftragt, unser Blatt zu verbreiten und die Abonnementsgelder zu sammeln. Um ganz sicher zu gehen — wir haben es mit Oberschlesien zu thun — stellten wir Dylong, wie allen unsern ober-schlesischen Agenten, ein von der Bochumer Polizeiverwaltung unterzeichnetes Beglaubigungsschreiben zu. Dals alles nicht — vor einigen Tagen wird Dylong in Kattowitz von der Polizei von der Strafe aufgegriffen, zum Amt geführt und ihm hier ca. 80 Exemplare der „Bergarbeiter-Zeitung“ abgenommen.

Da man ihm die Zeitungen nachher wieder zustellte, ist klar, daß die Beschlagnahme nicht berechtigt war. Der Verlag der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ wird wegen dieses Vorfalles eine Entschädigungsklage anstrengen und diese unter Umständen durch alle Instanzen fortführen, um einmal zu sehen, ob es in Preußen einer rbeliebigen Polizeibehörde gestattet ist, ein Geschäftsunternehmen — nichts weiter kommt hier in betracht — durch fortgesetzte Beunruhigung seiner Geschäftsfreunde finanziell zu untergraben.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hiltzarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hält vom 2. August an in Dardburg im Samprich'schen Lokale seine Generalversammlung ab.

Der „Zentralrath“ der deutschen Gewerksvereine macht trampfahne Anstrengungen, die Ditsch-Länder'sche Gewerksvereinsbewegung zu beladen und Profeten für dieselbe zu gewinnen. So hat er neuerdings zu diesem Zwecke folgende Resolution beschloffen: Indem wir die bisherige Stellung eines erheblichen Theiles der Presse gegenüber den deutschen Gewerksvereinen lebhaft bedauern, richten wir an alle Redaktionen das dringende Ersuchen, daß sie unsere Arbeitervereins-Organisationen in dem ernstesten und erfolgreichsten Streben, die sozialen Schäden auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft durch genossenschaftliches Zusammenwirken und geseßliche Reformen zu beseitigen, durch die Macht der öffentlichen Meinung, auf welche die Presse einen so großen Einfluß ausübt, unterstützen und fördern möchten. Zu dem Zweck fordern wir gleichzeitig alle zum Verbands gehörigen Gewerks- und Ortsvereine,

Sowie Orts- und Ausbreitungsverbände auf, ihren lokalen und provinziellen Zeitungen durch Berichte und Artikel über alle wichtigen Vorkommnisse, durch Einladung zu interessanten Versammlungen und durch Zustellung der Gewerkschafts-Organe, Flugblätter u. d. d. an die Hand zu geben. Die vom Verbands-Bureau herausgegebenen, für die Presse bestimmte „Gewerkschafts-Korrespondenz“ wird von jetzt ab mindestens einmal monatlich erscheinen und allen sich dafür interessierenden Blättern unentgeltlich übersandt werden.

Die Bettelei, die diesen Redakteur um Reklamen anzugehen, deren Haltung man selber „bedauert“, entspricht ganz dem Charakter der Hirsch-Dumdehler.

Ueber die Ursache des Streiks in der Feldschlösschen-Brauerei in Braunschweig bringt der „Braunschweiger Volksfreund“ folgende Mitteilung: „Die Brauerei hatte einen Kellermeister von Hannover engagiert, der am Dienstag seine Arbeit aufhören sollte. Dieser Kellermeister ist Gründer und Schriftführer des Bundes-Gesellenvereins Hannover, und die Arbeiter, welche sämtlich dem Zentral-Verband der deutschen Brauer angehören, vermuteten, daß derselbe seine Stellung dazu benutzen würde, um die organisierten Arbeiter allmählich entweder aus dem Verband oder aus der Brauerei herauszudrücken. Die Arbeiter machten der Direktion in diesem Sinne Vorstellungen, und auf den Vorschlag, einem der älteren dort beschäftigten Brauer diese Stelle zu übertragen, wurde ihnen die Antwort, daß die Direktion zu keinem der dort Beschäftigten das nötige Vertrauen bestimme. Bis 6 Uhr früh wollten sich die Arbeiter erklären, ob sie bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen wollten; infolgedessen stellten von 86 Arbeitern 28 die Arbeit ein.“

Danach haben die betreffenden Brauer das Interesse ihrer Gewerkschaft etwas zu früh wahrzunehmen gesucht. Wenn sie erwarteten, ob der neue Kellermeister ihre Organisation wirklich benachteiligen würde — was zu befürchten sie ja guten Grund haben werden — so hatten sie immer noch Zeit, die Arbeit wiederzugeben. Durch ihr Vorgehen haben sie weder sich noch ihrer Gewerkschaft etwas genützt, denn ihre Plätze sind, wie telegraphisch wird, von auswärtigen Brauern eingenommen worden und nachträglich angebotene Verhandlungen hat die Brauerei abgelehnt. Die Interessen der Arbeiter sind durch diesen Streik also nicht gefördert worden. Ruhig hat lediglich das Unternehmertum davon, das mit der Behauptung krebsergehen wird, die Arbeiter bemüht die „Koalitionsfreiheit“ bereits, um dem „Arbeitgeber“ sozialistische Betriebsleiter „aufzuzwingen“. Das haben die Brauer sicherlich nicht beabsichtigt, aber ihr Verfahren kann so gedeutet werden.

In der Maschinenfabrik von Albert Scheller u. Schreiber in Halle a. S. wurden elf Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, eine neue Fabrikordnung zu unterzeichnen, die ganz unannehmbare Bedingungen enthält betreffs der Haftbarkeit für entstehenden Schaden. Die Fabrik setzt ihren Betrieb mit sieben Lehrlingen und zwei Arbeitern fort; letztere haben sich als Ersatzkräfte anwerben lassen. Die entlassenen Metallarbeiter ersuchen die Berufsgenossen um Vermeidung des Zugangs.

Die Rüstungsmacher Hamburgs beschlossen, die Arbeit einzustellen, falls bis 1. August der von ihnen aufgestellte Tarif nicht angenommen ist.

Die Streiks in den Delfabriken Thiel und Kaiser in Harburg haben rund 14900 M. gekostet. Bis auf ein Kapital von 1150 M., das geliehen werden mußte, sind die Gelder durch Sammlungen und sonstige Beiträge ausgebracht worden. Sogar ein Handwerkbursche hat die kämpfenden Arbeitergenossen mit 50 Pf. unterstützt.

In der Stuhlfabrik von R. Reiche in Klostergeringswalde in Sachsen haben 6 Stuhlarbeiter, ein Drechsler und ein Bildhauer wegen Lohn Differenzen gekündigt.

In Lemgo ist ein Streik der Stellmacher ausgebrochen.

Internationaler Arbeiter- und Gewerkschaftskongress.

Schluß der Nachmittags-Sitzung.

London, 28. Juli.

Für Frankreich meldet der Berichterstatter 123 Delegierte an, von denen drei (Jaurès, Millerand, Vivanti, alle drei Mitglieder der Deputationen) keine Mandate besitzen; die Delegation beantragt, um ihren guten Willen und ihre Toleranz zu zeigen, die Zulassung auch dieser drei Delegierten.

Jaurès erklärt, diese zur Schau getragene Großmuth könne von ihnen nicht akzeptiert werden; diese heftige Debatte gebe ein Spiegelbild der gefirgten Verhandlung innerhalb der französischen Delegation; die französischen Anarchisten aller Schattirung hätten unter der Maske des Gewerkschaftsmandats Zutritt erschlichen; diese Gewerkschaften seien oft sehr fragwürdiger Erziehung und Größe — und es wäre doch der höchste Widerspruch, diese Anarchisten zuzulassen, dagegen die 8 Delegierten, die von tausenden organisierter Arbeiter gewählt worden seien, auszuschließen. Sie vertreten nicht bloß Sozialisten, sondern auch organisierte Landarbeiter.

Diese Zurückweisung der „anarchistischen“ Großmuth und offene Darlegung des Charakters der französischen Delegation erregte natürlich die Wuth der Franzosen, deren Majorität gebildet ist durch die eine Stimme des Italiener Malatesta, der in London lebt und ein italienisches, französisches und spanisches Mandat und damit die Aufgabe hat, bei allen Nationen zu häufeln. Das spanische Mandat wie das italienische waren ungültig, denn sie galten für Gesellschaften, die seit Jahren schon eingeschlossen sind; es blieb ihm nur das von französischen Anarchisten ihm zugesicherte Gewerkschaftsmandat. Sie machten daher solchen Lärm, schrien und tobten dazwischen, daß eine ruhige Abstimmung nicht mehr möglich war und daher die Sitzung auf Mittwoch mittags 2 Uhr vertagt. Im Laufe des Vormittags sollen die Kommissionen die Beratung und Zusammenstellung der verschiedenen Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung vornehmen. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Mittwoch-Sitzung. Mittags 2 Uhr.

Der Vorschlag übernimmt Syndman - London (Sozialdemokratische Federation).

Alle Anträge, Anfragen u. d. d. müssen schriftlich eingereicht werden; die Redezeit wird auf 5 Minuten beschränkt. Syndman appelliert an die Mithilfe der Delegierten, ihn in der Ausübung seines Amtes durch größte Selbstbeherrschung auch gegenüber den verletzenden Provokationen zu unterstützen. Eine lange Geschäftsordnungs-Debatte entsteht über die Frage der drei französischen Delegierten ohne Mandat; dieselben haben nachträglich Mandate eingereicht, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß ihre Absicht, über das Zulassungsrecht von Arbeiter-Abgeordneten eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, vielen Mißverständnissen begegne. Der Kongress beschließt, die Prüfung der 3 Mandate an die französische Delegation zurückzuweisen.

Polen ist durch 14 Delegierte vertreten; die Mandate rühren her von Organisationen im Ausland, der sozialdemokratischen Partei in Preußen und in Oesterreich-Polen, und endlich von geheimen Arbeiterorganisationen in Rußland-Polen. Der Kongress möge sich an diesen geheimen Organisationen nicht stoßen. Mangels jeglichen Neds, Pres., Vereins- und Versammlungsrechtes bleiben den Arbeitern nur die geheimen Organisationen. Ein Mandat wird von der Delegation bestritten, weil der Träger seit einer Reihe von Jahren unter dem schwersten politischen Verbot steht, ohne bisher einem ein-

geordneten Schiedsgericht sich gestellt zu haben. Trotz seines längeren Protestes, worin er die Behauptungen der Delegation bestritt, wird in Nationalitäten-Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen der Antrag auf Ausschluß angenommen.

Resel-Groz berichtet über Oesterreich: Von den 7 Delegierten vertreten 3 die sozialdemokratische Partei, 1 die Metallarbeiter (18000), 1 die Futtmacher (1278) und 1 die Brauer. Die österreichische Arbeiterkass hat von der Entscheidung einer stärkeren Delegation um deswillen Abstand, genommen, weil der jüngste jahrelange Kampf um Wahlrecht große Mittel erfordert und der bevorstehende Wahlkampf neue und erhöhte Anforderungen an den finanziellen Opfermuth der Arbeiter stellt.

In Böhmen liegen nach dem Berichte Sybes, der die sozialdemokratische Partei vertritt, die Ursachen der schwachen Vertretung auf gleichem Grunde. Er bestritt die Gültigkeit eines zweiten böhmischen Mandates, weil der Träger nur ein chauvinistischer Anarchist sei, der selber erklärt habe, nur an der Entscheidung der Frage des Generalstreiks theilnehmen zu wollen. Gegen den Antrag auf Ueberweisung der Prüfung dieses Mandates an die österreichisch-ungarische Gesamtdellegation wendet sich

Adler-Wien: Für den Fernstehenden mag es schwer sein, wie so innerhalb Oesterreich-Ungarns sich eine selbständige tschechische, kroatische, polnische und ungarische Organisation bilden konnte. Das hängt zusammen mit der historischen Entwicklung und liegt im eigenen Interesse der Arbeiterbewegung; gerade in Böhmen haben wir eine große, in schneller Entwicklung begriffene ausgezeichnete Arbeiterbewegung. Die Rückweisung ist um deswillen sehr überflüssig, weil die Prüfung bereits stattgefunden hat. Es handelt sich in der That um das Mandat eines tschechisch-nationalen chauvinistischen Anarchisten: also die Konfession auf dem Gipfelpunkt. Uebrigens löste er zur Verhütung mittheilen, daß es in Oesterreich-Ungarn wohl verschiedene sozialdemokratische Organisationen, aber nur eine Sozialdemokratie gebe, und er wünsche nur, daß dieselbe Einheit auch in den Ländern herrsche, wo nur eine Sprache gesprochen werde; der Kongress entscheidet nach dem Antrag der Delegation.

Rudsen-Kopenhagen meldet für Dänemark sieben Delegierte an, welche sowohl die Sozialdemokratische Partei (2800 Mitglieder) wie die Zentralisierten Gewerkschaften (42000) vertreten. In letzter Stunde habe sich noch der Vertreter einer kleinen anarchischen Gruppe „Toleranz“ gemeldet, das Mandat sei losfirt; er bitte, diesem Beschuh beizutreten, was geschieht.

Schweden (Berichterstatter Branting-Stockholm) ist durch zwei Delegierte vertreten: einer für die Partei, einer für die Hafenarbeiter Stockholms. Der Mangel an Geldmitteln, deren sie für die Erklärung des Wahlrechts nöthig bedürfen, habe verhindert, mehr Delegierte zu entsenden.

Aus Italien sind 10 Delegierte der Sozialistischen Partei erschienen; als sie nach London kamen, sagt der Berichterstatter Professor Ferri, sahen sie ihre Zahl verdoppelt; aber diese Londoner Doppelgänger hatten nur Mandate von anarchischen Gruppen; nur 2 hatten Gewerkschaftsmandate, welche er anerkennen will.

Einer dieser Anarchisten will das Wort nehmen; der Präsident erklärt, die Frage bez. der Anarchisten sei entschieden, kein Anarchist könne als solcher über diese Fragen zum Wort kommen.

Die anarchischen Mandate werden für ungültig erklärt. Im Namen der spanischen Delegation theilt Iglesias (der Vorkämpfer der Sozialdemokratie in Spanien seit der Zeit der Internationale) mit, daß diese von 8 Mandaten zwei habe für ungültig erklären müssen. Das eine sei angefertigt für eine abholnt unbefamnte Gesellschaft, das andere sei anarchisch. Wenn wir hier zusammen kommen, um für gemeinsame Zwecke zu arbeiten, dann müsse auch ein gemeinsamer Boden vorhanden sein, man könne daher nicht mit Anarchisten und Leuten zusammen arbeiten wie Nieuwenhuis, die als ihre Hauptaufgabe die Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung betrachten.

Malatesta spricht dagegen, der Kongress entscheide gemäß dem Antrag Iglesias.

Holland ist durch 18 Delegierte vertreten, welche 21 Lokale oder Zentralorganisationen vertreten, darunter auch 1 für die sozialistische Lehrervereinigung, 2 für eine Vereinigung von 16 Gewerkschaften. Der Kongress müsse, erklärt der Berichterstatter, sich jetzt entscheiden, ob die kommunistisch-antiparlamentarischen Sozialisten Zutritt haben oder nicht. Da kein Gegenantrag vorliegt, gelten alle holländischen Mandate als anerkannt.

Seitens 47 französischer Delegierten der französischen Arbeiterpartei geht eine Erklärung ein, daß sie sich von der französischen Delegation trennen wollen, die unter anarchischer Flagge marschire und für deren Beschlüsse sie keine Verantwortung übernehmen wollen, deshalb verlangen sie das Recht für sich, in den Kommissionen selbständig vertreten zu sein. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung von Bernhard Shaw, Vertreter der Fabier, wird vom Vorsitzenden bekämpft; habe man Malatesta sprechen lassen, so werde man den Vertreter der großen französischen Partei nicht verhindern können, seinen Standpunkt zu vertreten.

Ein englischer Delegierter widerspricht, daß an Millerand das Wort ertheilt werde, so lange nicht sein Mandat für gültig erklärt sei. Gegen diese Auffassung erhebt sich Widerspruch. Die anarchischen Franzosen, ein Theil der Holländer und die trotz der Ungültigkeitserklärung immer noch im Saale anwesenden Anarchisten machen solchen Lärm, daß die Glocke des Präsidenten minutenlang ertönt.

Singer appelliert an das Gerechtigkeitsgefühl der Engländer, daß sie auch Rücksicht nehmen sollen auf diejenigen, die mit der englischen Geschäftsordnung nicht vertraut seien, hier sei ein internationaler, kein englischer Kongress. Es sei ein Gebot der Ehre, unseren französischen Freunden die Gelegenheit zur Erklärung ihrer prinzipiellen Stellungnahme zu geben.

Derhard Shaw: Gegenüber der Drohung der Franzosen, eventuell den Kongress zu verlassen, und den Ausführungen Singers gegenüber bittet er, nun erst recht mit Emphase, seinem Antrag, das Wort an Millerand nicht zu ertheilen, zuzustimmen. (Übermäßige große Unruhe.)

In Nationalitäten-Abstimmung wird der Antrag Shaw einstimmig abgelehnt. Millerand erhält das Wort.

Banderwilde spricht gegen den Antrag Millerand's auf Anerkennung zweier französischer Sektionen, weil dies eine formelle Anerkennung der Spaltung der Franzosen durch den Internationalen Kongress wäre. Für Millerand's Antrag stimmen 14 Nationen, darunter die Engländer mit 114 gegen 110 Stimmen, dagegen stimmen die Belgier, Holländer und Italiener. Somit hat der Antrag Millerand die Majorität auf sich vereinigt.

London, 30. Juli. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Vormittags-Sitzung. Banderwilde referirt über die Agrarfrage. Die Resolution enthält eine Prinzipienklärung, in der Vergeßlichkeit des Grund und Bodens gefordert wird. Sie läßt den einzelnen Ländern die Freiheit, Eingelsforderungen aufzustellen und ihre Agitationsmittel zur Organisation des Landproletariats zum Klassenkampf zu bestimmen.

Die Minderheit der englischen Delegation ist prinzipiell mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden, sie wünscht aber bestimmte Einzelvorschläge.

Schoenlaup wendet sich gegen die Minderheit.

Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nachmittags-Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die politische Aktion. Nieuwenhuis und seine An-

hänger erklären nicht mehr mitzufahren, weil der Kongress allzu parlamentarisch ist. Er verläßt den Kongress. Niemand hält ihn und seine Anhänger zurück. Die Kommission schlägt fünf Resolutionen vor: 1. Definition der politischen Aktion als Eroberung und Ausübung der Befehlsgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde; 2. als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse und der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht unabhängig von den bürgerlichen Parteien durch das allgemeine gleiche Wahlrecht und die Initiative des Volkes, wie sie, wenn auch unvollkommen, schon in der Schweiz besteht, erforderlich. 3. Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und Vereinigung aller Arbeiter gegen den internationalen Kapitalismus. 4. Die politische Emanzipation der Frau ist untrennbar von der Forderung der Befreiung der Arbeiterklasse vom politischen und wirtschaftlichen Druck. 5. Die Kolonialpolitik ist nur die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebietes im Interesse der Kapitalistenklasse. Tortellier spricht gegen die Resolutionen, für dieselben treten unter jubelndem Beifall ein Jaurès (Frankreich), Bebel (Deutschland), Ferri (Italien). Die Resolutionen werden fast einstimmig angenommen. Gegen dieselbe stimmten bloß zwei Engländer, welche noch die Unterstützung der bürgerlichen Parteien empfahlen und die kleine Anarchistengruppe.

Die heutige Sitzung hatte einen prächtigen Verlauf, es herrschte vollste Einmüthigkeit und begeisterte Stimmung.

London, 29. Juli.

Die deutsche Delegation tagte heute Vormittag zur Stellungnahme der einzelnen Kommissionsanträge. Ueber die Kommissionsverhandlung betreffend die Agrarfrage berichtete Schoenlaup und Bebel: Bei der Verschiedenheit der Grund- und Bodenverhältnisse in den verschiedenen Ländern mußte die Kommission von jeder Spezialnormierung Abstand nehmen und sich auf die allgemeinen Grundsätze, wie sie in den Programmen der einzelnen sozialistischen Parteien niedergelegt sind, beschränken. Sie erklärte weiter als Hauptaufgabe der Arbeiter aller Länder die Auffklärung und Organisation des ländlichen Proletariats. Dieser Theil der Resolution fand einstimmige Annahme.

Auf Vorschlag der Belgier wurde ferner beschlossen, daß, wo Kommissionen zum Studium der Agrarverhältnisse seitens der einzelnen Landesparteien eingerichtet oder beabsichtigt seien, diese das Ergebnis ihrer Untersuchung und Erfahrungen gegenseitig mittheilen sollten. Gegen diesen Vorschlag erklärten sich die Engländer, weil für England bereits eine vorzüglich eingerichtete amtliche Ackerbauforschungskommission existire, der Vorschlag also für sie bedeutungslos sei. Gegen die englische Stimme wurde der Vorschlag der Belgier zum Beschluß erhoben.

Die Engländer beantragen die Aufnahme noch folgender Vorschläge:

a) Verstaatlichung aller Verkehrs- und Transportmittel. Die Engländer meinen, bei der machtvollen Monopolstellung der englischen Eisenbahngesellschaften sei diese außerordentliche Hervorhebung dieser Forderung notwendig. Der Vorschlag wurde gegen die Stimmen der Engländer abgelehnt, weil in dem 1. Punkt diese Forderung bereits ausgesprochen sei.

b) Bei der Agrarpolitik in den einzelnen Ländern das Augenmerk besonders darauf zu richten, daß die überflüssige industrielle Referuarmer auf Land zurückgeleitet werde und dort in Arbeiterkolonien beschäftigt werde.

Die Engländer gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß zu der Zeit der Grund und Boden bereits verstaatlicht sei; der industrielle Kapitalismus sei in England bald am Punkte des Zusammenbruchs, die Frage der Arbeitslosen werde immer brennender.

Die Arbeiter hätten also allen Anlaß, dann auch Elemente zu haben, die bereits praktische Erfahrungen in der Landwirtschaft hätten; daher beantragen sie weiter:

c) bereits heute in der Schule die landwirtschaftlichen Verhältnisse zum Gegenstand der theoretischen Belehrung und praktischen Erziehung zu machen.

Gegen diese drei Unteranträge erklären sich die sämtlichen Mitglieder der Kommission mit Ausnahme der Engländer.

Die deutsche Delegation stimmt der Resolution zu, die nachmittags im Wortlaut zur Vertheilung gelangen soll.

In der parlamentarischen internationalen Konferenz wurde beschlossen: Jede Nation soll vorläufig einen Abgeordneten beauftragen, sich mit Vaillant-Paris in Verbindung zu setzen behufs Verständigung über alle diejenigen gesetzgeberischen Schritte, die namentlich in bezug auf den Arbeitererschutz in den einzelnen Ländern vor sich gehen oder beabsichtigt werden. Bisher habe jede solche Verbindung zum Schaden der Sache gemangelt. Für Deutschland wurde Bebel gewählt.

Verschiedene Mitglieder der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei in England) haben einen Protest erlassen gegen das Eintreten der Delegierten Hardy und Mann zu gunsten der Zulassung der Anarchisten zum Kongress, da das nicht der allgemeinen Politik der I. L. P. entspreche. Unterzeichnet ist der Protest von Arthur Field, J. R. Macdonald, R. A. Pebody, E. Noel, J. M. Watt, J. Burgess, Mand Maxwell, Arthur Hildmoit, J. F. Green, Enid Stacey, F. Brodthurst, E. M. Giles, John Eifer, M. E. Gladstone und Sam Brickley.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 30. Juli. (B. Z. B.) Ueber die bereits gemeldete Explosion von Raketen und Feuerwerkskörpern in Fünfkirchen meldet die „Neue freie Presse“: In Fünfkirchen wurde heute durch eine Explosion das Rathaus demolirt. Die Katastrophe entstand durch einen Brand in einem im Rathaus befindlichen Kaufladen, in dem sich ein Verkaufslager von Pulver und Feuerwerkskörpern befand. Ueber 100 Personen wurden verletzt, viele schwer, darunter der Bürgermeister von Fünfkirchen. Bisher wurden 4 Tode unter den Trümmern hervorgezogen.

London, 30. Juli. (B. Z. B.) Unterhaus. Der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, beantragt die Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung der Verwaltung der Südafrikanischen Gesellschaft. Nach anderthalbstündiger Beratung wird ohne Abstimmung der Antrag angenommen, dahin lautend, daß ein Komitee ernannt wird zur Untersuchung und Berichterstattung über den Ursprung und die Umstände des Einfalles in das Gebiet von Transvaal durch eine bewaffnete Streitmacht und über die Verwaltung der Südafrika-Gesellschaft sowie ferner zur Berichterstattung über die Veränderungen, welche in der Regierung der unter der Kontrolle der Gesellschaft stehenden Gebiete erwünscht schienen.

Rom, 30. Juli. (B. Z. B.) Das Kriegsministerium erhielt aus Sibiri über Warschau vier Briefe, welche veröffentlicht wurden. Dieselben enthalten Listen von 700 italienischen Unteroffizieren und Soldaten, welche in Schoa gefangen gehalten werden. Bei mehreren Namen sind einige Worte hinzugefügt, in welchen die Bitte ausgesprochen wird, den betreffenden Familien Mittheilung zu machen, daß die Gefangenen sich wohl befinden und daß sie hoffen, bald wieder ins Vaterland zu gelangen.

Kairo, 30. Juli. (B. Z. B.) Gestern und vorgestern waren 176 Renekranzungen und 198 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen, davon 5 Todesfälle in Kairo und 7 in Alexandria.

lokales.

Die juristische Sprechstunde fällt am Freitag und Sonnabend dieser Woche aus.

Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises, Osten. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der provisorische Vorstand in unten benannten Lokalen Zahlstellen errichtet hat, wo die Genossen sich zur Aufnahme melden können; ebenso können diejenigen, welche sich schon gemeldet haben, ihr Mitgliedsbuch dort in Empfang nehmen, mit Ausnahme derer, die sich in der Versammlung bei Keller meldeten. Diese haben die Karten beim Kassierer Otto Franke, Friedrichsbergerstraße 11 abzuholen, oder in der Versammlung. (Siehe Inserat am Sonntag.)

Die Zahlstellen befinden sich bei Vogel, Elbingerstraße 9. Zabel, Frankfurter Allee 90. Baumgarten, Königsbergerstr. 7. Loth, Grüner Weg 46. Wille, Andreasstraße 26. Köpnick, Schillingstr. 30. Maditz, Krauststr. 48. Neumann, Kleine Andreasstr. 15. Lorenz, Koppenstr. 47. Böhl, Frankfurter Allee 74. Wiedemann, Blumenstr. 38. D. Franke, Friedrichsbergerstr. 11. Spaet, Weinstr. 28. H. Hoffmann, Blumenstr. 14.

Achtung! Den Genossen, welche noch im Besitz von Billets vom Volksfest vom 12. Juli in Weissensee sind, geben wir bekannt, daß bis 6. August abgerechnet werden muß, in dringenden Fällen die Billets als verkauft betrachtet werden. Das Komitee.

NB. Dienstag, den 4. August, abends präzis 8 Uhr, Sitzung des Vergnügungskomitees beim Genossen Wigel, Ackerstraße.

Zu den Gewerbegerichts-Wahlen. Nachdem die Listen für die Ergänzungswahlen der Mitglieder des Gewerbegerichts zu Berlin nach Maßgabe der erfolgten Anmeldungen zur Aufnahme in dieselben und unter Beachtung der für die Wahlberechtigung vorgeschriebenen Bedingungen aufgestellt worden sind, werden dieselben gemäß § 13 des Ortsstatuts während der Dauer einer Woche, und zwar vom 10. bis einschließlich 16. August er. in den Wochenenden von 5 bis 8 Uhr abends, am Sonntage von 12 bis 3 Uhr nachmittags in den nachbenannten Räumen offen ausgelegt werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind während der Dauer der Auslegung derselben, also bis einschließlich den 16. August d. J., bei dem Magistrat zu erheben, welcher darüber endgültig entscheidet. Neue Anmeldungen zur Aufnahme in die Wählerlisten sind in der oben angegebenen Zeit nicht mehr zulässig. Die Aufhebung der Listen erfolgt:

1. für die Wahlbezirke 1 bis 4 (Stadtbezirke 1—20 und 22—25), mit Ausschluß der Wahlbezirke 1 und 2 für Arbeitgeber, im Wahlbureau, Poststraße 16, 2. Tr. Außerdem liegen daselbst sämtliche Originalanmeldungen für die zur Wahl stehenden Bezirke aus; 2. für die Wahlbezirke 5 bis 11 (Stadtbezirke 21, 26 bis 78) in der Turnhalle der 181./169. Gemeindefschule, Tempelhofer Ufer 2, mit Ausschluß des Wahlbezirks 10 für Arbeitgeber und des Wahlbezirks 6 für Arbeitnehmer; 3. für die Wahlbezirke 17 bis 21 (Stadtbezirke 114 bis 144) in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schmidstr. 88, mit Ausschluß der Wahlbezirke 18 und 20 für Arbeitnehmer; 4. für die Wahlbezirke 12 bis 16 (Stadtbezirke 79 bis 113) in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Staligerstr. 55/56, mit Ausschluß des Wahlbezirks 15 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer; 5. für die Wahlbezirke 22 bis 29 (Stadtbezirke 145 bis 201) in der Turnhalle der 22. Gemeindefschule, Straußbergerstr. 9, mit Ausschluß des Wahlbezirks 26 für Arbeitgeber und des Wahlbezirks 29 für Arbeitnehmer; 6. für die Wahlbezirke 30 bis 34 (Stadtbezirke 202 bis 215, 216 bis 228, 255 bis 259 und 265 bis 269) in der Turnhalle der 8.63. Gemeindefschule, Gerichtstr. 28A, mit Ausschluß des Wahlbezirks 32 für Arbeitnehmer; 7. für die Wahlbezirke 35 bis 37 (Stadtbezirke 229 bis 254 und 260 bis 264) in der Turnhalle der 15. Gemeindefschule, Kasanien-Allee 82, mit Ausschluß des Wahlbezirks 37 für Arbeitgeber; 8. für die Wahlbezirke 38, 41 und 42 (Stadtbezirke 270 bis 278, 305 bis 326) in der Turnhalle der 118. Gemeindefschule, Pankstr. 7—8, mit Ausschluß der Stadtbezirke 38 für Arbeitnehmer; 9. für die Wahlbezirke 39 und 40 (Stadtbezirke 216, 217 und 279 bis 304) in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Thurnstr. 66.

Zu bemerken ist noch, daß in den vorstehend ausgeschlossenen Wahlbezirken, und zwar Nr. 1, 2, 10, 15, 26 und 37 für Arbeitgeber, Nr. 6, 15, 16, 20, 29 und 38 für Arbeitnehmer in diesem Jahre Ergänzungswahlen nicht stattfinden.

Neue Namen für städtische Plätze. Der bisherige Platz K hat den Namen Brunnenplatz, der Platz A den Namen Senefelderplatz erhalten. Der Platz L heißt jetzt Warschauer Platz, der Platz H Rudolfplatz und der Platz vor der Waisenbrücke am linken Ufer der Spree Märtylerplatz. Die Genehmigung zu diesen Umbenennungen ist bereits erfolgt und die Kenntnismahme hiervon für Interessenten, besonders Geschäftsleute, von Wichtigkeit, damit Briefe etc. nicht wegen unrichtiger oder ungenügender Adresse Verspätungen erleiden oder gar nicht besördert werden.

Südlische Arrestanstalt — so lautet jetzt die offizielle Bezeichnung für das am Tempelhofer Felde unweit der Hasenhöhe im Bau befindliche neue Militär-Arrestgebäude. Damit beschäftigt sich die Mittheilung, daß die Berliner Garnison demnächst zwei Arrestlokale erhalten soll, und daß für das andere, welches die Bezeichnung „nördliche Arrestanstalt“ führen wird, der Nordwesten, d. h. Moabit, anzuweisen ist. Dadurch würde der für die Militär-Arrestanten äußerst peinliche Transport durch die ganze Stadt vermieden werden.

Betreffs des Anschlusses von Grundstücken an die Kanalisation sind Anträge und Requisitionen nicht mehr, wie es bisher üblich war, an das „Hausanschluß-Bureau“ sondern an die „Betriebsverwaltung der Kanalisation von Berlin“, Klosterstraße 68 zu richten. Der Grund hierzu ist, daß die bei der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Kesselfelder vorhandenen Bureaus, welchen der Name beigelegt waren: Bureau der Deputation, Bureau der Betriebsverwaltung und Hausanschluß-Bureau zu einem „Kanalisations-Bureau“ vereinigt worden sind. Interessenten, die Verzögerungen ihrer Anträge etc. vermeiden wollen, thun gut, hiervon Notiz zu nehmen.

„Heidenkinder“ waren es, welche am Montag, den 27. d. M. in dem Lokale „Zur Waldschänke“ in Sadowa ein Fest begingen, welches im wahren Sinne des

Wortes ein Volks-Kinderfest war. Die freireligiöse Gemeinde hatte die Kinder ihrer Mitglieder zu einem fröhlichen Waldfest eingeladen, und dieselben eilten vom kleinsten bis größten in hellen Schaaeren gegen 12 Uhr mittags zu den ihrer Wohnung zunächst liegenden Bahnhöfen der Stadt- und Ringbahn, wo sie von Komitee-Mitgliedern der Gemeinde in Empfang genommen wurden. Mindestens 6—700 Kinder hatten sich in Sadowa zusammengefunden, so daß mit den begleitenden Eltern und Verwandten die Zahl auf circa 1000 Personen angewachsen war. Die Kinder, welche mit Kaffee, Kuchen und Bier von der Gemeinde bewirtet wurden, zeigten sehr frohe, vergnügte Gesichter zu welchen ein Musikchor noch das seine beitrug. Spiele im Walde in buntester, abwechslungsreicher Zahl, Massengesänge u. s. w. brachten die Lust und Freude auf den Höhepunkt, so daß man hätte nur wünschen können, Minister Bosse und seine Anhängerschaft wären zugegen gewesen, um sich zu überzeugen, wie gesittet, brav und fröhlich auch „religiöslose“ Kinder sein können. Vielleicht interessiert die Minister die Nachricht, daß bei den vielen Kindern nicht eine Ungezogenheit vorgekommen ist, die ein Eingreifen der Komiteemitglieder nötig gemacht hätte. Auch die Rückfahrt ging in froherer Laune um 9 Uhr mittels Ertrages vor sich und die Teilnehmer schieden alle mit dem Wunsche, recht bald wieder so ein fröhliches „Heidenfest“ mitzufeiern.

Einer überaus rohen Behandlung sind die Arbeiterinnen in der Buchbinderei von Paumbach u. Co., Alexandrinenstraße 97, ausgesetzt. Der Werkführer Walter, der in der Fabrik die Aufsicht führt, nimmt keinen Anstand, die ihm unterstellten Arbeiterinnen mit Schimpfworten zu regalisieren und schreit auch nicht davor zurück, handgreiflich zu werden. So ereignete sich dieser Tage in der Fabrik folgende Vorkommnisse: Eine Arbeiterin, die nur zum Auslehren und Reinmachen angenommen ist, hatte auch einige auf den Boden gefallene Bogen mit ausgelegt, von denen sie nicht wußte und nicht wissen konnte, daß sie noch gebraucht wurden. Der Werkführer Walter fuhr sie danach an mit den Worten: „Sie drecksige Luder, sehen Sie denn nicht, daß Sie die Bogen auslegen?“ Auf die Gegenrede der Arbeiterin, er möge solche Redensarten unterlassen, sie könne doch nicht dafür, da sie geglaubt hätte, alles ausgelegt zu müssen, fuhr Walter auf sie mit den Worten los: „Wenn Sie nicht gleich Ihre Schwanze halten, schmeiße ich Sie heraus und es steigt ihnen noch was nach!“ Als die Arbeiterin kaum darauf erwidert hat: „Was brauche ich mir doch nicht gefallen zu lassen“, springt Walter auf sie zu, packt sie am Arm und schleuderte sie gegen einen Tisch.

Die Arbeiterin beschwerte sich über diese Behandlung im Komptoir, worauf der Oberverwalter Pester herauskam und nach einer Erkundigung über den Vorfall in der Fabrik die Arbeiterin abweis mit den Worten: „Ja, wenn Sie die Bogen ausgelegt, dann kann ich das Herrn Walter nicht verdenken.“

Die Arbeiterinnen sind schonlos einer solchen Behandlung preisgegeben. Etwa gerichtlich klagbar zu werden, wagt ein solches armes Geschöpf nicht, aus Furcht ihren Platz zu verlieren. Die Schuld für solche Zustände trifft aber nicht nur den Werkführer, sondern die Geschäftsinhaber haben wohl alle Ursache, dahin zu wirken, daß ihre Arbeiterinnen anständig behandelt werden. Offenlich führt diese Mißhandlung eine Besserung der Zustände in der Paumbach'schen Buchbinderei herbei!

In den Wirtschaften der Hasenhöhe ist die Stimmung gegenüber den militärischen Anordnungen eine höchst unzufriedene. Die Besitzer der Garten-Wirtschaften müssen sich darin gefallen und fügen sich darin, daß den Soldaten der Besuch ihrer Lokale verboten ist. Nicht aber wollen sie sich gefallen lassen, daß Patrouillen oft bis zur Stärke von fünf Mann die Garten-Wirtschaften in allen Winkeln absuchen, weil das leicht zu Heiberien mit den Gästen führen kann. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Militärbehörde dahingehende Anordnungen träte.

Zwischen Himmel und Erde schwebte gestern Nachmittag der Zimmergeselle Handrick. Bei einem Neubau in der Lohringstraße war er mit anderen beim Verlegen der Trägerbalken eines Balkons in der zweiten Etage beschäftigt, als er plötzlich fehltrat und stürzte. Glücklicherweise gelang es ihm, den schon festgelegten Balken zu erfassen und schwebte er nun etwa 12 Meter hoch über der Erde. Da ein Heranziehen nicht gleich möglich war, weil außer dem betreffenden Balken nur noch einer den Halt bot, begnügte man sich für's erste damit, ein Seil um den Gefährdeten zu schlingen und am Balken zu befestigen. Erst nachdem Wohlen herbeigeführt und so eine breitere Unterlage hergestellt war, gelang es, den H. aus der gefährlichen Situation zu befreien. — Werden denn nicht endlich wirksame Sicherheitsmaßregeln bei den Baugerüsten durchgesetzt?

Von einem Leichenbedeuerer andgeraubt wurde in der Nacht zum Mittwoch der in der Freiinwiderstraße wohnhafte Kaufmann W. Herr W. hatte bei einer Vereinsfestlichkeit des Guten etwas zu viel gethan, ohne indeß direkt betrunken zu sein. Auf dem Heimweg begriffen, sprach ihn ein anständig gekleideter Mann an, der ihn nach der Zeit fragte, da seine Uhr stehen geblieben sei. Herr W. gab Bescheid und kam mit dem Fremden in ein Gespräch. Schließlich machte der Fremde den Vorschlag, anstatt auf der Brunnenstraße lieber im Humboldthain entlang zu gehen, worauf Herr W. auch einging. Man setzte sich am Ende auf eine Bank, wo der Kaufmann, vom Alkohol ermüdet, einschlief. Als er wieder erwachte, war es bereits heller Tag, und Herr W. erinnerte sich erst langsam, wie er eigentlich nach dem Daine gekommen sei. Sein Begleiter war verschwunden; trotzdem ahnte er nichts Böses. Erst als er sich vergewissern wollte, was die Uhr zeigt, machte er die unliebsame Entdeckung, daß Uhr samt Kette verschwunden waren. Denselben Weg war auch das etwa 16 M. enthaltene Portemonnaie gegangen und sogar eine nicht sonderlich wertvolle Kravattenmadel fehlte. Uhr und Kette hatten einen Werth von mehr als 200 M. Herr W. hat wenig Aussicht, jemals wieder in den Besitz seines Eigentums zu gelangen, da er weder die Nummer der Uhr noch eine Personalbeschreibung des Gauners zu geben vermag.

Die Wäscheversorgung Berlins hat zum großen Leidwesen vieler Hausfrauen durch die Ausstellung eine Ver schlechterung erfahren. Bekanntlich wird die Reinigung eines großen Theiles der Berliner „schmutzigen Wäsche“ nicht hier selbst, sondern in großen Köpenicker Waschanstalten vorgenommen. Durch die anläßlich der Ausstellung erfolgte Sperrung der Treptower Chaussee sind die Kutscher der Waschwagen, die in recht erheblicher Anzahl die Landstraße bevölkern, gezwungen, mit ihren Gefährten den alten Köpenicker Weg zu benutzen. Da dieser bedeutend weiter ist als die bisher benutzte Treptower Chaussee, zudem auf demselben bis in die späte Nacht hinein ein außerordentlich lebhafter Verkehr herrscht, so daß an ein schnelles Fahren kaum gedacht werden kann, so erkeidet der Transport der Wäsche von und nach Köpenick bezw. Berlin naturgemäß ganz bedeutende Verzögerungen und so manche brave Hausfrau, die in bezug auf ihre Wäsche keinen Spas versteht, ist weiblich ungehalten über die Ausstellung, welche die segensreiche heilige Ordnung im Haushalte in so bedenklicher Weise in Frage stellt. Schlimm ist dabei, daß an eine Besserung dieser

Verhältnisse so bald nicht zu denken ist. Das Gesuch der Treptower Gastwirthe um Aufhebung der Chausseesperre ist abschlägig beschieden worden; ebenso wenig Aussicht auf Erfolg hat das Gesuch, die Treptower Chaussee während der Nachtzeit wenigstens den Waschwagen zum Verkehre freizugeben.

Polizeibericht vom 30. Juli. In dem Landwehrkanal an der Velle-Alliance-Brücke wurde gestern Vormittag die Leiche eines Mannes, vermuthlich die des Maurers Karl Chudjinski, angeschwemmt, welcher sich am 26. d. M. abends am Waterloo-Ufer ertränkt hat. — Gegen 9 Uhr wurde das Dienstmädchen Klara Frieze vor dem Hause Dorotheenstr. 58/59, als sie den Straßendam überfahren wollte, von dem Bildhauer Frih Kraus, in der Birken-Allee wohnhaft, überfahren. Die Schuld trifft nach Aussage der Frieze und des Zeugen Kassenboten Voelkel den Bildhauer Kraus, da er seine Annäherung nicht durch das Glockensignal kundgegeben hat. Ebenfalls mit einem Zweirad überfahren wurde abends der Schriftsteller Jugo Jannow, Plan-Ufer Nr. 10 wohnhaft; als er den Fahrbaum an der Ecke der Alexandrinen- und Gitschinerstraße überschreiten wollte, wurde er durch den auf einem Zweirad fahrenden Bodenmeister Karl Seidel, Poststr. 4 wohnhaft, überfahren und unbedeutend am Kopfe verletzt. Die Schuld trifft den Seidel, weil er zu schnell die Straße entlang gefahren ist. — Vormittags wurde der dem Trunke ergebene 35 Jahre alte Arbeiter Theodor Geldner in seiner Wohnung Oranienstr. 88, und nachmittags der 54-jährige Zimmergeselle Karl Käppner in seiner Wohnung in der Lohringstraße erhängt aufgefunden. — Vor dem Hause Werderstr. 9—12 wurde der 63-jährige Agent J. Manuel Türkheim durch eine Droßke überfahren und am Kopfe, am Arme und am Unterschenkel so schwer verletzt, daß er nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation V nach der Charitee gebracht werden mußte. Nach Aussage eines Zeugen trifft den Kutscher die Schuld an dem Unfälle, da er schnell gefahren ist und es unterlassen haben soll, den alten Mann anzurufen. — Nachmittags fand in der Hollmannstraße infolge Versagens der elektrischen Stromleitung eine Störung des Straßenbahnbetriebes der Linie Leipzigerstr.—Treptow statt. Verkehrsstörungen sind nicht eingetreten. — Abends vor 10 Uhr plötzlich auf der Wache des 1. Polizei-Reviers eine wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften festgenommene, unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende, etwa 30 Jahre alte Frau, nachdem sie schon vorher über Athemnoth geklagt hatte. Nach dem Gutachten eines Arztes ist der Tod infolge einer Lungenlähmung erfolgt. — Die 39-jährige Wirthschafterin Ernestine Jibolski verstarb abends in der Wohnung des Arbeiters Thiele, Fehrbellinerstraße 23, vermuthlich aus Eifersucht, sich mittels Kampfer-Spiritus zu vergiften. Dies wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt und durch ärztlich verordnete Gegenmittel aufschienen jede Gefahr für ihr Leben beseitigt. — Auf der Heimfahrt von der Gewerbe-Ausstellung fiel in der Nacht zum 30. d. M. auf der Köpenicker Landstraße der sechzigjährige Gastwirth August Gorrß beim Absteigen von einem ziemlich langsam fahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn gegen das zum Schutze des Publikums angebrachte Gitter und erlitt hierdurch mehrere bedeutende Querschnitten an den beiden Unterschenkeln, so daß seine sofortige Ueberführung in die Unfallstation am Mariannen-Ufer erforderlich wurde. — Nach einem Streite mit seiner Ehefrau sprang der 33-jährige Fuhrherr Karl Burow von der Bovernstraße in die Spree. Er wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach Feststellung seiner Person nach seiner Wohnung gebracht. — Vermuthlich in einem Anfälle von Verfolgungswahn stürzte sich heute früh die 55-jährige Wittwe Marie Kohn geb. Wille aus dem Küchenfenster ihrer im vierten Stock des Hauses Fehrbellinerstraße 30 belegenen Wohnung auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Im Laufe des Tages fanden 2 unbedeutende Feuer statt.

Aus den Nachbarorten.

Ueber die Ausschreitung angeblich streifender Maurer gegen Schöneberger Polizeibeamte, die wir gestern unter Vorbehalt brachten, können wir heute auf grund unserer Ermittlungen mittheilen, daß an der ganzen Notiz nur soviel wahr ist, daß ein Polizeibeamter bei der Arrestirung stanktender Maurer am Kopfe verletzt worden ist. Es handelte sich bei dem Vorfall aber nicht um einen Konflikt zwischen Streifenden und Streikbrechern, da auf dem betreffenden Bau überhaupt nicht gestreikt wird und auch nicht die Sperre über denselben verhängt ist. Die That sachen, welche der tendenziös entstellten Notiz zu grunde liegen, sind folgende: Der Maurer Ludwig, welcher auf dem Bau Knyshäuser- und Hohenstaufenstraßen-Ecke arbeitete, hatte sich schon während des Maurerstreiks auf diesem Bau zur Uebernahme von Akkordarbeiten erboten, aber solche nicht erhalten. Jetzt arbeitete er daselbst in Tagelohn. Als nun vorige Woche eine kleinere Arbeit von einigen Maurern in Akkord ausgeführt wurde, war Ludwig, in der Meinung, daß ihm diese Arbeit zuläme, wegen der vermeintlichen Zurücksetzung so ärgerlich, daß er mehrere seiner Kollegen überredete, die Arbeit niederzulegen; diesem Verlangen kamen aber nur drei Mann nach, welche dann im Verein mit Ludwig, der als ein schon mehrfach bestraffter, gewaltthätiger Mensch geschilbert wird, am Nachmittag auf den Bau zurückkehrten und die daselbst arbeitenden Maurer in der rohesten Weise insultirten und mit Steinen warfen. Als dann einer der Polizeibeamten, welche der Polizei herbeigerufen hatte, den Ludwig anfaßte und ihn zur Wache führen wollte, verfechte dieser dem Beamten einen Stoß, so daß ihm der Helm vom Kopfe fiel. Beherzter bückte sich, um den Helm wieder aufzunehmen, erhielt aber von Ludwig einen zweiten Stoß, infolge dessen er mit dem Kopfe an einen Steinhaufen fiel, wobei er sich die angegebene Verletzung zuzog. Ludwig und seine drei Komplizen wurden darauf ohne weitere Zwischenfälle zur Wache geführt. Darüber, ob sich auf dem Wege zur Wache noch weitere Gewaltthatigkeiten des Ludwig ereigneten, sowie ob die Verletzung des Beamten eine so schwere ist, wie die ursprüngliche Notiz andeutet, konnten wir nicht erfahren; unserm Berichterstatter, der auf der zugehenden Polizeiwache in der Mollendorsstraße Erkundigungen einziehen wollte mit dem Bemerkten, daß er die unrichtige Zeitungsnachricht richtig stellen wollte, wurde die Antwort zu theil: das braucht nicht richtig gestellt werden; wir wollen gar nicht, daß das in die Zeitung kommt.

Von einem anderen Genossen, den wir gleichfalls um Nachforschungen wegen des Vorkommnisses erzuht hatten, geht uns noch folgende Mittheilung zu: Vollständig entstellt sind in dem gestrigen Bericht die Vorgänge beim Einschreiten der Polizei wieder gegeben worden. Als die Leute nicht schleunigst dem Gebote, sich zu entfernen, folgten, schritten die Beamten zur Siftirung. Den Mann, welchem in dem fraglichen Lokalbericht das Steinwurfattentat angedichtet worden ist, ergriff der betreffende Schumann zum Zwecke der Verhaftung beim Gehen, was jener sich nicht gefallen ließ. Er wehrte sich und schleuderte unversehens dem Beamten leider so unglücklich gegen

einen im Wege stehenden Haufen Steine, daß derselbe eine blutende Kopfswunde davontrug. Bei dem Ringen war der Helm zur Erde gefallen, aber nicht infolge eines Steinwurfes, wie die erwähnte Lokalkorrespondenz zu erzählen wußte. Die Geschichte von den beiden Steinwürfen, welche den Schuhmann ins Verderben gerissen haben sollen, erklärt selbst der den Bau ausführende Meister für frei erfunden. Ebenso wenig hat aber auch der gewiß nicht vorwurfsfreie Maurer noch nachträglich den Wehrlosen mit einem Todtschläger schlagen wollen, in dessen Fall man ein solches Instrument später bei ihm gefunden haben. — Im übrigen wurde der vom „Vorwärts“ unter Vorbehalt Donnerstag veröffentlichte Bericht mir gegenüber als maßlos aufgebauscht bezeichnet.

Die Geschichte hat also ein ganz anderes Gesicht, als der gestern der gesammten Presse zugegangene tendenziöse Bericht sie darstellt. Unsere Vermuthung, daß die tendenziöse Schilderung weidlich ausgebaut werden würde, hat sich natürlich bestätigt. Die „Post“, das hiesige Organ der Anarchisten und des Herrn von Stumm, bringt sogar das Kunststück fertig, unsere Mißbilligung der Gewaltthätigkeiten gegen die Sozialdemokratie auszubenten, indem sie unsere Worte so verdreht, als hätten wir gegen Gewaltthätigkeiten an sich nicht einzuwenden, weil wir an unsere Mißbilligung den Hinweis geknüpft hatten, daß auch die Arbeitersache durch derartige Gewaltthätigkeiten geschädigt würde. Wir brauchen nur die Eingangsworte unserer gestrigen Bemerkung zu wiederholen: „Sollten die hier behaupteten Thatsachen wahr sein, so ist das Benehmen der Streikenden auf das schärfste zu mißbilligen“ — um die schamlose Verdrehung der anarchistensfreundlichen „Post“ hervortreten zu lassen.

Rixdorfer Zustände. In Ergänzung des Berichtes über die letzte Gemeindevorstandersitzung zu Rixdorf erhalten wir folgende Zuschrift: „In der letzten Gemeindevorstandersitzung zu Rixdorf erklärte unter anderem Gemeindevorstandersitzung Weigand, daß die Arbeiter bei der Kanalisation die Ueberstunden bezahlt bekommen. Das entspricht, abgesehen von zwei Fällen, den Thatsachen nicht. Ueberstunden zahlt Herr Weigand wohl seinen beiden Schreibern, die 2,75 und 3,00 M. Lohn erhalten, wenn sie bis in die Nächte hinein arbeiten. Sonntags müssen die Schreiber regelmäßig arbeiten, wie sich so etwas mit der Sonntagstrube verhält, das steht auf einem anderen Blatte. Ferner muß es dem Herrn Baumeister bekannt sein, daß die Arbeiter auf der Pumpstation zeitweise 10—22 Stunden schwer hintereinander arbeiten müssen, ohne die Ueberstunden bezahlt zu erhalten. Auch das kann dem Bau-Amt nicht unbekannt geblieben sein, daß die Kessel zu den Maschinen auf der Pumpstation von ungelehrten und ungeprüften Arbeitern bedient werden. Ob verschiedene von der Gemeinde bezahlte Arbeiter während ihrer Dienstzeit zu allerhand Hausarbeiten von ihren Vorgesetzten gebraucht werden, will Herr Amtsvorsteher Boddin untersuchen; es wäre aber zu wünschen, daß diese Untersuchung etwas schneller betrieben wird, als die gegen den Verwalter des Gemeinde-Nieselguts Wasmannsdorf vor etwa 2 Monaten versprochene, die noch immer nicht zu einem Resultat geführt hat.“

Ein barmherziger Samariter. Durch das thatkräftige Eingreifen eines praktisch ausgebildeten Samariters ist gestern der Kaufmann F. Hoffmann aus Rixdorf vor schwerem Schaden bewahrt worden. Derselbe besuchte in Gesellschaft von Retzbüfendamm. Hier wurde er plötzlich von Brustkrämpfen befallen, und verschlimmerte sich bald sein Zustand in besorgniserregender Weise. Während einer seiner Begleiter sich auf die Suche nach einem Arzt begab, nahm den Erkrankten ein sich als Mitglied einer Sanitätskolonne legitimirender, zufällig im Lokale anwesender Herr in Behandlung und zwar so erfolgreich, daß der später erscheinende Arzt nichts mehr zu thun vorband. Der Kranke, welcher bereits das Bewußtsein verloren hatte, war durch die sachkundige Behandlung des Samariters vollständig wieder hergestellt! Es zeigt dies wieder den Nutzen der praktischen Ausbildung im Samariterdienste zwecks erster Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen.

Aus Friedrichsberg erhalten wir folgende Zuschrift: Vermißt wird seit Donnerstag, den 23. d. M., der durch Schiffschlagge tödlich gewordene Rudolf Pöppke, 33 Jahre alt, ca. 1,75 Meter groß, kurz geflorene Haare und blonden Vollbart. Bekleidet war derselbe mit grau-brauner Hose (Pfeffer-Satz) dunkelblauem Cheviotjacket, gestreiftem Sportshemde, braunem hohen Strohhut und braunen Strandschuhen. Besondere Merkmale: Die Mittelzehen beider Füße zusammengewachsen, sog. Schwimmhaut zwischen den Fingern. Es wird angenommen, daß ihm ein Unglück zugefallen. Trotz vielen Suchens ist von Pöppke keine Spur aufgefunden. Auch Nachfrage bei vielen Behörden hat nichts genützt. Wer etwas über den Vermißten erfährt, wird gebeten, Nachricht folgender Adresse zugehen zu lassen: Ernst Pahl, Friedrichsberg, Scharnweberstr. 41.

Witterungsübersicht vom 30. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeresspiegel.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.).
Swinemünde	757	SWW	1	bedekt	20
Hamburg	758	SWW	2	bedekt	16
Berlin	757	W	1	bedekt	18
Biesbaden	759	Still	—	Regen	14
München	761	W	5	bedekt	14
Wien	756	SWW	1	wolkenlos	21
Saparanda	757	SW	2	bedekt	15
Petersburg	760	D	1	Gewitter	16
Cort	755	W	3	wolkig	16
Aberdeen	762	NO	2	wolkig	14
Paris	760	S	1	bedekt	16

Wetter-Prognose für Freitag, den 31. Juli 1896.

Ein wenig kühl, zeitweise ausläutend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und mäßiger Luftbewegung. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ueber Drahtseilbahnen sprach am Dienstag Herr Prof. Reuleaux im Hörsaal der Gewerbe-Ausstellung vor einem trotz der großen Hitze ziemlich zahlreich erschienenen Publikum. Der Vortragende führte aus, daß man seit langer Zeit bereits solche Bahnen in Anwendung brachte, um größere Steigungen so überwinden; doch ist man von dieser Unterbrechung des regelmäßigen Bahnverkehrs zurückgekommen, seit man schwerere Lokomotiven baut, welche diese Steigungen bewältigen können. Dagegen hat man sich für Strecken, welche außerhalb des großen Verkehrs liegen, besonders zur Erleichterung von Aussichtspunkten, wieder der Drahtseilbahn zugewandt.

Der Vortragende erläuterte das Prinzip derselben und zeigte, wie zwei Wagen mit einander verbunden werden, von denen der eine abwärts, der andere aufwärts fährt; der herunter fahrende muß etwas mehr belastet sein, als der aufwärts fahrende, damit er den letzteren ohne Mühe Passagiere nach oben befördert werden können; vielfach wird die Mehrbelastung durch Füllen von Wasserlämmern erreicht.

Anfangs suchte man ein möglichst geradliniges Profil der Bahnstrecke zu erreichen; jedoch ist dieses nicht das geeignetste, um mit möglichst geringer Ueberbelastung des abwärts gehenden

Wagens und mit möglichst kleiner Arbeit einen Wagen in die Höhe zu befördern. Das Profil, bei welchem dieser Zweck am besten erreicht wird, ist die Kettenlinie, also diejenige Form, welche ein Faden annimmt, wenn er an seinen beiden Enden befestigt wird. Diefem theoretischen Profil sucht man die Bahnstrecken jezt möglichst zu nähern.

Erläutert wurde der Vortrag durch eine Reihe von Projektionsbildern, durch welche verschiedene Drahtseilbahnen zur Anschauung gebracht wurden. Besonders interessant war die letzte Darstellung, die der größten Drahtseilbahn, welche bei New-York 497 Meter hoch in die von Washington Irving so vielfach besungenen Catskill-Berge fährt. Da dieselbe 2 1/2 Kilometer lang ist, so mußten sich vielfache Abweichungen von dem theoretischen Profil der Kettenlinie ergeben. Die hieraus folgenden Schwierigkeiten lösten die amerikanischen Ingenieure in überraschender Weise dadurch, daß sie nur die obere Hälfte der Kettenlinie möglichst genau angeschlossen, und bei der unteren Hälfte die oben wegen der Beschaffenheit des Berges nothwendig gewordenen Abweichungen absichtlich, aber in entgegengesetztem Sinne wiederholten. Durch diese glückliche Idee ist dort eine der vollkommensten Drahtseilbahnen erbaut worden, welche in vorzüglicher Weise funktioniert.

Der Saubler-Regier Salim ist gestern, Mittwoch, abends in der Charité gestorben. Er lag schon im Sterben, als er eingeliefert wurde, und ist nicht mehr zum Bewußtsein gekommen. Die Ärzte haben die Todesursache unter diesen Umständen nicht feststellen können. Der Todesfall hat daher der Staatsanwaltschaft angezeigt werden müssen, die voraussichtlich die Leiche gerichtärztlich wird öffnen lassen.

Kunst und Wissenschaft.

Die Internationale Kunstausstellung Berlin 1896 (beim Lehrter Bahnhof) ist nur noch einige Tage bis 9 Uhr abends geöffnet und zwar bis Montag einschließl. Vom Dienstag ab wird der Ausstellungspalast um 8 Uhr geschlossen. Der Park bleibt nach wie vor bis 11 Uhr abends geöffnet.

„Fräulein Doktor“, die erste Lustspielnovelle der neuen Spielzeit, die am Sonnabend zur Wiedereröffnung des Lessing-Theaters angeündigt wird, ist in der vorigen Saison zuerst am Stadt-Theater in Hamburg zur Aufführung gekommen.

Job im Thierkörper. In der Zeitschrift für physiologische Chemie berichtet Professor E. Baumann in Freiburg über seine neuen Forschungen betreffs des Vorkommens von Job im Thierkörper. Die „Chemiker-Zeitung“ bespricht dieses Referat wie folgt: Für das Verständnis der physiologischen Bedeutung des Thyroxins und seiner Beziehung zu Erkrankungen der Schilddrüse, insbesondere des Kropfes, ist es vor allem von Belang, den Jodgehalt der Schilddrüse des Menschen in verschiedenem Lebensalter, in Kropfgebenden und in kropffreien Orten und in den Kröpfen selbst kennen zu lernen. Verfasser bestimmte daher den Jodgehalt in einer Anzahl von Schilddrüsen von Kindern und Erwachsenen aus Freiburg, Hamburg und Berlin, und fand, daß in Freiburg, wo der Kropf endemisch vorkommt, das Gewicht der Schilddrüsen das höchste und ihr Jodgehalt der niedrigste ist, während in Hamburg und Berlin, wo Kropf nicht endemisch auftritt, das umgekehrte Verhältnis sich herausstellt. Überall ist im jugendlichen und kindlichen Alter der Jodgehalt absolut und relativ viel geringer als bei Erwachsenen; auch hier ergeben sich für Freiburg die größten Gewichte der Drüsen zugleich mit dem kleinsten Jodgehalte. Bei einer größeren Zahl von Kröpfen sind nur minimale und fast immer relativ kleine Mengen von Job nachgewiesen worden. Daraus ergibt sich der Schluß, daß zwischen dem Jodgehalte der Schilddrüsen und dem Vorkommen von Kröpfen in bestimmten Gegenden ein gewisser Zusammenhang besteht. Im Greisenalter geht der Jodgehalt häufig bis auf ein Minimum zurück, was ohne Zweifel Hand in Hand geht mit der Degeneration der Drüse. In Thieren angestellte Versuche ergaben, daß der Jodgehalt der Schilddrüse durch Zufuhr von Jobpräparaten schnell und beträchtlich gesteigert und daß er auch von der Art der Ernährung erheblich beeinflusst wird. Seefische, ferner Fütterung mit Thymus vom Hind, vor allem aber mit Schilddrüsen selbst oder mit Thyroxin, mit Pflanzen, deren Asche Job enthält (Zuckerrüben), bewirken eine Vermehrung des Jodgehaltes in der Schilddrüse. Bei länger dauernder Fleischfütterung geht der Jodgehalt der Schilddrüsen auf ein Minimum zurück. Diese Thatsache ist von großer Bedeutung, weil es dadurch möglich wird, den Einfluß von verschiedenen Arten der Ernährung auf die Jodansammlung in der Schilddrüse zu beobachten; sie legt ferner den Schluß nahe, daß entweder der Jodgehalt des Fleisches um so geringer ist, daß es zu keiner Ansammlung von Thyroxin in der Schilddrüse kommt, oder daß die reine Fleischkost an und für sich einen stärkeren Verbrauch von Thyroxin bedingt. Daß in den Nahrungsmitteln in Spuren sich findende Job wird in der Schilddrüse aufgespeichert; durch das Wasser werden bemerkbare Mengen dem Körper nicht zugeführt. Der Jodgehalt der Schilddrüsen vom Schwein ist ein sehr geringer, es ist möglich, daß er durch die Art des Futters beeinflusst wird. Nach Eingeben von Jodsalium, nach Behandlung von Jodoform und nach dem Genuß von Schilddrüsenpräparaten wird der Jodgehalt der Schilddrüsen beim Menschen ganz erheblich gesteigert.

Wie die alten Ägypter Bier tranken. Der Dorpater Pharmakologe Rudolf Robert hat in einer Broschüre von dem Ursprunge, den Schicksalen und dem ehrwürdigen Alter des edlen Getränkes merkwürdige Dinge erzählt. Schon die Menschen der Pfahlbautenzeit der Schweizer Seen, das heißt einer Periode, welche sich zwischen jüngere Steinzeit und Bronzezeit einschleibt, kannten und benutzten die Gerste, aber nicht etwa zum Brotbacken, sondern, wie Forschungen von Bruno Schröder es wahrscheinlich machen, zum Bierbrauen. Die eigentliche Geschichte des Bieres der Alten beginnt freilich erst bei den Ägyptern. Sein Genuß erschien den weinsliebenden Griechen barbarisch, auffordernd und unmannlich, so daß bei Kteschlos der König von Argos den aus Ägypten gekommenen Danaiden zurief: „Ihr werdet bei uns Griechen eine männliche Bevölkerung finden, aber nicht Trinker von Gerstenmehl.“ Daß aber die Ägypter ein Jahrtausend vor der griechischen Aera sich dem Genuße berauschender Getränke bei Festlichkeiten sehr hingaben, beweist ein uraltes Gemälde von Beni-Hassan, welches zwei Sklaven vorstellt, die ihren sinnlos betrunnenen Herrn an Kopf und Füßen von dicken tragen. Natürlich schloß es daher auch schon vor drei Jahrtausenden nicht an Warnungen vor übertriebenem Biergenuß. So heißt es in einem Papyrus des philosophischen Schriftstellers Ani, welcher Ermahnungsbriefe an einen die altägyptische Hochschule zu Ghennu besuchenden, etwas verbummelten Studenten enthält: „Man hat mir berichtet, Du verlässest das Ersticktum, Du sehnest Dich nach Luftbarkeiten, Du gehst von Kneipe zu Kneipe, aber der Biergenuß, wohin führt der? Kneipe den Biergenuß, er bringt Deinen Geist in Käfig.“ An noch anderen Stellen der Papyri ferner uralten Zeit wird darüber gellagt, daß die des Studiums besessenen jungen Herren, wenn sie spät abends aus dem Weichhaus nach Hause gingen, in ihrer tollen Laune Räume einrücken und Thüren einsamer Spielbürger einwarfen. Mit einem Worte: Robert beweist, daß schon vor 3000 Jahren in Ägypten ein Bier existierte, welches dort genau die Rolle spielte, wie das bairische Bier sie heutzutage in deutschen Universitätsstädten spielt. Auch über die Preisverhältnisse der ägyptischen Alkoholika sind wir unterrichtet. So hat Brughl das Ausgabenlagebuch eines in Theben (Ägypten) lebenden Lieutenants aus der Zeit der Ptolemäer, also aus den letzten Jahrhunderten vor Beginn unserer Zeitrechnung, überseht. Danach kostete da-

mal ein Liter Bier 8 Pfennige; zur guten alten Zeit, als der Papyrus über geschrieben wurde; war es sicher noch viel billiger. 300 Jahre später waren die Preisverhältnisse freilich in Ägypten ganz andere. Wir besitzen in einem kürzlich entdeckten Papyrus die Rechnung, welche ein hermopolitanisches Dörschen im Jahre 340 nach Christi seinem Gauvorsteher gegenüber ablegt. Der halbe „Stof“ Bier kostete danach — der ungeheuren Preisentwertung des Geldes jener Zeit entsprechend — die scheinbar exorbitante Summe von drei Talenten. Da nun aber Professor Robert nirgends ein Rezenfionsexemplar des ägyptischen „Stofen“ aufreiben konnte, so werden wir freilich immer im Unklaren bleiben müssen, ob wir die Bewohner von Theben be-neiden oder bedauern sollen.

Ein gothischer Halskamm. In der Krim hatten sich die letzten Reste des einstmalig welterobernden Gothenstammes bis ins späte Mittelalter hinein erhalten. Man findet dort häufig Ueberbleibsel aus dieser Gothenperiode. In diesen Tagen hat nun in den Ruinen der früher griechischen Stadt Chersonesus bei Sebastopol Herr Kosciuszko gelegentlich einer Nachgrabung in einem alten Grabschmuck neben einigen goldenen Ringen und anderen Schmuckgegenständen gefunden. Der Halskamm ist aus gediegenem Gold, von eleganter Arbeit und kunstvoll mit kostbaren Edelsteinen verziert. Er dürfte nach dem „Artn. Westn.“ der Gothenperiode im dritten oder vierten Jahrhundert angehörend und 10—15 000 Rubel werth sein. Für die Alterthumsforschung ist dieser kostbare archäologische Fund ebenfalls von hohem Werth.

Die Andree'sche Ballonfahrt nach dem Nordpol sollte am 27. Juli angetreten werden. Aus Stockholm wird über die Lage der Expedition der „Vossischen Zeitung“ geschrieben: Da die Vorbereitungen, namentlich der Bau der Ballonhalle, rüftig und glücklich von statten gingen, ist nicht daran zu zweifeln, daß Andree seine Absicht ausgeführt hat, wenn die Windrichtung günstig war, also Südwind herrschte. In letzterem Falle ist es um so wahrscheinlicher, daß Andree die Luftreise bereits angetreten hat, als die gegenwärtige Zeit in meteorologischer Hinsicht stets als die günstigste für die Reise bezeichnet worden ist, und im übrigen liegt alle Ursache vor, die Abfahrt möglichst zu beschleunigen, da ein etwaiger Unfall die Luftschiffer veranlassen kann, mitten im Polarmeer den Ballon zu verlassen. In solchem Falle aber ist es gut, wenn Andree und seine beiden Gefährten für ihre im Boot oder Schlitzen fortzuführende Reise eine längere Zeit bis zum Ausbruch des stürmischen Herbstes vor sich haben. Die dänische Insel selbst hat seit der Landung der Expedition dort den Schauspiel rührigster Thätigkeit, und alle Kräfte wurden angepannt, um eine rechtzeitige Abfahrt zu ermöglichen. Dr. Ekholm und Rand. Strindberg hantirten beide acht Tage hindurch vor einem gewaltigen Kochapparat, in dem die drei Schlepptau in einer Mischung von Talg und Vaseline gekocht wurden, wodurch den Tauen, die bei ihrer Schwere von Eis gefammt 20 Zentnern einer außerordentlichen Reibung ausgefetzt sein werden, größere Haltbarkeit gegeben wird. Die Witterung war im großen und ganzen günstig, nur Anfang des Monats sowie am 12. und 13. herrschte Sturm. Am 11. d. M. war auf der dänischen Insel ein warmer Tag, denn das Thermometer zeigte + 8 Gr. in der Sonne, die größte Wärme, die hier im Sommer beobachtet worden ist. Trotzdem das Wasser nur einige Grad über Null zeigt, nahmen einige der Arbeiter doch ein Bad. Das nördliche Eismeer muß in diesem Sommer, verschiedenen Anzeichen nach zu urtheilen, ungewöhnlich frei von Eis sein. Auf dem Meere ist kein anderes Eis als das, was von den Gletschern kommt, zu sehen. Kein „Eisblink“ verstanden in der Ferne das Vorhandensein von Eis, und dabei läßt sich aus dieser Luftspiegelung oft schon das Eis in einer Entfernung von 50—60 Seemeilen wahrnehmen. Fernere günstige Zeichen sind das Fehlen von Fangschiffen, Seehunden und Seesögeln. Alles dies deutet darauf hin, daß das Eis sehr weit liegen muß, denn die Seehunde, Walrosse, Eisbären, Seesögeln und Fangschiffer halten sich beim Eise auf. Auch das verhältnismäßig windige Wetter zeigt die Abwesenheit des Eises an, denn je mehr Eis, je weniger Wind“, sagen alte Eismeerfahrer. Während des Aufenthaltes auf der dänischen Insel haben regelmäßige meteorologische und andere Beobachtungen stattgefunden. Außerdem wurde eine genaue Kartenlegung der dänischen und der Amsterdamsel, sowie des Festlandes östlich am Smeerenberg in Angriff genommen. Bei diesen Kartenlegungen sollte die Photographie in ausgedehntem Maße Anwendung finden.

Gerichts-Beitrag.

Angestellter Bestechungsversuch. Ein gegen den Gefängnisarzt im Untersuchungsgefängnis, Medizinalrath Dr. Menger, gerichteter Bestechungsversuch, dessen sich der Kaufmann Albert Nestrowsky schuldig gemacht haben sollte, beschloß gestern die vierte Ferienkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war Bevollmächtigter einer jungen Dame, welche wegen Verbrechens gegen das Leben zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurtheilt worden war. Kurz vor der Entscheidung des Reichsgerichts, welches die eingelegte Revision voranschließend verwerfen würde, erschien der Angeklagte in der Sprechstunde des Dr. Menger. Wie dieser, als Zeuge vernommen, bekundete, hatte der Angeklagte in geheimnißvoller leiser Weise darauf hingewiesen, daß die Verurtheilte doch zu schwach sei, die Arbeiten im Zuchthaus auszuführen und daß ihre Körperbeschaffenheit überhaupt den Aufenthalt im Zuchthaus nicht zulasse. Hieran habe sich die Witte geknüpft, der Zeuge möge nach dieser Richtung hin seinen Einfluß anwenden. Natürlich habe der Befehl abnehmend gelautet. Nun habe der Angeklagte etwas von „Entschädigung für die kostbare Zeit“ gesprochen und ihm einen Hundertmarkschein auf den Tisch gelegt. Woller Enttäufung sei der Zeuge aufgesprungen und habe den Besucher einem gerade im Vorraum befindlichen Schuhmann überwiesen, damit dessen Persönlichkeit festgesetzt werde. Der Zeuge habe die feste Ueberzeugung gehabt, daß es sich um einen Bestechungsversuch handelte. Dies wurde vom Angeklagten entschieden bestritten. Er habe lediglich das Interesse der Dame wahrnehmen wollen. Als das Gespräch mit dem Medizinalrath beendet gewesen sei, habe er allerdings gefragt, was er ihm für die Zuanfpruchnahme seiner kostbaren Zeit zu vergüten habe und gleichzeitig einen Hundertmarkschein hingelegt, weil er außer einem Dreimarkstück kein anderes Geld bei sich gehabt. Er habe geglaubt, neunzig oder vierundneunzig Mark herauszubekommen. Wie dies als ein Bestechungsversuch aufgefaßt werden könne, sei ihm unerklärlich. Der Staatsanwalt sollte die Sache zu ungunsten des Angeklagten auf und beantragte gegen ihn einen Monat Gefängnis. Der Vertheidiger stellte die Handlungsweise des Angeklagten nur als eine Taktlosigkeit dar, derselbe habe sich sicher im guten Glauben befunden. Der Gerichtshof hielt die Sache nicht für aufgeklärt, da man dem Angeklagten nicht ins Herz sehen könne. Das Urtheil lautete auf Freisprechung.

Ob die Versendung einer Preisliste über hygienische Gummi Artikel eine Verbreitung unzüchtiger Schriften sei, hatte die fünfte Strafkammer des Landgerichts I zu beurtheilen. Das Amtsgericht hatte die Frage bejaht und auf 50 M. Geldbuße erkannt. Das Gericht ging davon aus, daß die Preisliste sehr wohl geeignet sei, namentlich jugendliche Personen mit unzüchtigen Gedanken zu erfüllen, um in ihnen Vorstellungen von der Straf- und Folgeflosigkeit eines unerlaubten Genußes zu erwecken; damit sei der Charakter einer derartigen Preisliste als unzüchtige Schrift erfüllt, und dessen sei sich der Angeklagte auch zweifellos bewußt gewesen. Wegen dieses Urtheil legte der Angeklagte Berufung ein. Rechtsanwält Dr. Cohnmann führte aus, daß auch die Bibel Stellen enthalte, welche geeignet seien, unzüchtige Vorstellungen

zu erregen, deshalb sei doch nicht die Verbreitung der Bibel strafbar. Nicht die Schrift selbst trage die Schuld am Erwecken unzuchtiger Gedanken, sondern nur die unzüchtige Phantasie des Lesers. Wer ohne able Gebanten die Preisliste lese, könne keinen sittlichen Anstoß daran nehmen. Das Gericht erkannte deshalb auf Freisprechung.

Um Kautionshwindeln handelte es sich in der Betrugsanklage, welche gestern vor dem Schöffengericht gegen den früheren Kriminalbeamten **Winkel** verhandelt wurde. Der Angeklagte hat nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste ein Privat-Detektiv-Bureau in Verbindung mit Stellenvermittlung eröffnet. Er soll nun nach und nach eine ganze Anzahl Stellensuchender in seinem eigenen Geschäft angestellt und ihnen kleinere Beträge als Kautionsabgaben genommen haben. Er bestritt zwar im Termine mit Entschiedenheit, daß er unredlich verfahren habe, der Staatsanwalt hielt aber sechs Betrugsfälle für erwiesen und beantragte hierfür eine Gefängnisstrafe von neun Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof hielt die Schuld des Angeklagten nur in zwei Fällen für dargethan und erkannte hierfür auf zwei Monate Gefängnis. Für eine Beleidigung, die der Angeklagte einem seiner Angestellten zugefügt, traf ihn außerdem noch eine Geldstrafe von 15 M.

Er kam, sah und siegte. Am 7. Mai hatte er sie kennen gelernt, am 8. Mai verlobte er sich mit ihr, am 9. Mai bestellte er das Aufgebot und am 10. Mai borgte er sie um 400 M. an. Der Kellner **Paul Breittreng** war es, der in dieser schnellen Weise verfuhr. Er war erst kurz vorher aus dem Gefängnis gekommen und wollte nun ein ehrbarer Ehemann und Restaurateur werden. Er sagte zu seiner Braut, daß er im Hause Schönebergerstr. 4 ein geeignetes Lokal mieten könne, er wolle zu einer Brauerei gehen, um sich Kredit und Geld zu verschaffen. Da er erfahren hatte, daß seine Braut ein Sparfassenbuch über 800 M. besaß, so bat er sie, mit ihm zur Brauerei zu gehen und dort dasselbe zu hinterlegen. Die Braut war einverstanden. Dem Brauereidirektor wurde mitgeteilt, welche Pläne das Paar hatte und dem Angeklagten wurde erwidert, daß er einen Kredit von 600 M. erhalten solle, sobald er im Besitze der Konzeption sei. Um die erste Einrichtung anzuschaffen zu können, zahlte der Direktor der Braut die 800 M. gegen Hinterlegung des Sparfassenbuchs aus. Von diesem Betrage kündigte die Braut ihrem Verlobten 400 M. aus. Von dieser Zeit an ließ der Angeklagte sich zuerst selten, dann gar nicht mehr sehen. Als der anderantem Hochzeitsstag erschienen war, blieb der Bräutigam fern. Dieser hatte wieder eine Stelle als Kellner angenommen. Seine Braut hielt sich für betrogen und zeigte den Angeklagten an. Im Termine erklärte der Angeklagte sein aufrichtiges Verhalten dahin, daß er der Vorstrafe wegen die nachgegebene Konzeption nicht erhalten konnte, er sei aber von der besten Absicht befeelt gewesen und betrachte sich immer noch als Verlobter des Mädchens. Die Zeugin war in diesem Punkte etwas unsicher. Der Staatsanwalt trante dem Angeklagten eine redliche Absicht nicht zu, er beantragte gegen ihn eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren, 6 Jahre Ehrverlust und 150 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof folgte aber den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt **Marcuse**, hielt die Möglichkeit, daß der Angeklagte dennoch im guten Glauben gehandelt, nicht für ausgeschlossen und fällt deshalb ein freisprechendes Urtheil.

Soziale Uebersicht.

Der Entscheid der Engros-Ausbeuter der Berliner Herren- und Knabenkonfektion über den Versuch des Einigungsamtes, durch einen Minimaltarif eine gewisse Ordnung in dieser Industrie zu schaffen, ist so ausgefallen wie zu erwarten war. In einer Versammlung der Großkonfektionäre, die am Mittwoch im „Hamburger Hof“ abgehalten wurde, ging es nach einem Berichte der bürgerlichen Presse so zu:

Sämmtliche Redner versicherten, daß sie mit ihren Arbeitern vollständig einig seien und daß diese keinerlei Forderungen des jetzigen Verhältnisses wünschten; ein Mindestlohn wäre nur im Falle, Streitigkeiten und Zwistigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorzurufen. Im übrigen sei der Tarif undurchführbar. Die Mannigfaltigkeit und die vielfachen Veränderungen in der Art der Waare beim Saisonwechsel machten eine Festlegung der Preise unmöglich. Die dadurch entstehenden Unklarheiten müßten notwendigerweise zu Differenzen führen. Als vollständig unannehmbar bezeichnet wurde die allgemeine Bestimmung: „Abzüge sind unstatthaft.“ Wozan sollte sich der Konfektionär halten, wenn der Arbeiter einen Rod mit angebranntem Kragen, falsch eingeführter Taille und ähnlichem abliefern? Es wurde auch konstatiert, daß von einem großen Theil der hiesigen Firmen weit höhere Preise für die niederste Konfektion bezahlt werden, als jene im Tarif festgelegt. Die Versammlung sagte keinen gemeinsamen Beschluß bezüglich der Stellungnahme zum Tarif; auch die offizielle Vertretung der Kaufmannschaft, die Siebener-Kommission, wurde mit keinerlei

auf den Tarif bezug habenden Befugnissen ausgestattet. Die Kaufleute sollen nach eigenem Ermessen als einzelne dem Gewerbegericht eine Rückäußerung zugehen lassen, oder auch überhaupt nicht antworten. Die Kaufleute der niedersten Konfektion werden zum großen Theil den Tarif für sie vollständig undurchführbar ignorieren, die anderen ablehnend antworten; ein Theil der besseren Konfektionäre wird den Tarif unter Vorbehalt akzeptieren.

Das redliche Bemühen des Einigungsamtes, die trostlosen Arbeitsverhältnisse in der Herren- und Knaben-Konfektion wenigstens etwas zu bessern, scheint also vergeblich gewesen zu sein, denn nur ein Theil der Groß-Konfektionäre, und auch dieser nur unter Vorbehalt, hat sich für Annahme des Tariffs erklärt. Aber das Verhalten der Herren ist natürlich. Nachdem die Sozialpolitik der Regierung wieder vollständig in die Sphäre des Unternehmerrückgriffes eingeschwenkt ist, wie es sich u. a. durch den Abgang des Ministers v. Berlepsch kundgab, der dem Konfektionsarbeiterstreik amtlich seine Sympathie erklärte, wittern die Engros-Konfektionäre wieder Morgenluft. Sie fühlen sich wieder als Herren der Situation. Auf der ganzen Linie der Sozialpolitik ist ja Stumm Trumpf!

Zur Lage der Verkehrsbediensteten. Aus **Plauen** i. B. berichtet das „Sächsische Tageblatt“: Am 22. Juli abends, als der letzte Wagen der elektrischen Straßenbahn vom oberen Bahnhof abfuhr, entgleiste er während der vollen Fahrt bei der Kurve am Bettiner Hof. Der Wagen fuhr auf das Trottoir, warf den Wagenführer **Böttner** ab und erdrückte ihn, so daß **Böttner** sofort eine Leiche war; einem Fahrgast gelang es, abzuspringen. Es ist nach unseren Informationen nicht genau festzustellen, ob Fahrlässigkeit oder ein anderer Umstand das Unglück herbeigeführt hat. Die Wagenführer haben einen sehr anstrengenden Dienst. Früh punkt 6 Uhr müssen dieselben antreten; abends wird es 11 Uhr und auch später, ehe dieselben abtreten können, das sind also täglich, Wochen- und Sonntag 17 Stunden Dienst, und was für Dienst; jeder 11. Tag ist frei. Damit nun die Leute nicht unzufrieden werden, wozu nach Lage der Sache und nach Ansicht der Betriebsleitung ja auch gar kein Anlaß vorliegt, dürfen dieselben das „Volkstblatt“ nicht lesen oder wenigstens nicht sehen lassen, da sie sonst entlassen würden. Der Stadtgemeinderath hat mit der Straßenbahn-Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, in welchem jedes Lämpchen festgesetzt ist, nur nicht, wie lange die Gesellschaft ihre Angestellten ausbeuten darf. Wenn nun die übermüdeten Wagenführer einmal sich eine Fahrlässigkeit zu schulden kommen lassen, wessen Schuld ist das?

Da mit der Einführung der elektrischen Bahnen, beziehentlich der Umwandlung der Pferdebahnen in solche, jetzt in vielen Städten begonnen und zu diesem Zweck mit den Verkehrs-Gesellschaften neue Verträge abgeschlossen werden, ist der Zeitpunkt günstig, um den Gemeindebehörden die Nothwendigkeit klar zu machen, daß in die Verträge Bestimmungen kommen, wonach die Gesellschaften ihre Angestellten nicht über eine bestimmte tägliche Arbeitszeit hinaus beschäftigen dürfen. In Berlin ist ein dahin gehender Antrag von der städtischen Verkehrsdeputation gutgeheißen worden.

Es wäre zwar Aufgabe vor allem des Staates, der Ausbeutung der Verkehrsbediensteten einen Riegel vorzuschieben; da aber die Arbeitsbedingungen der Bediensteten der Staatsbahnen bekanntlich alles eher als einwandfrei sind, so wird sich der Staat, zumal während der Kera Stumm, natürlich hüten, die Sache in Angriff zu nehmen.

Die Stadt **Köln** hat die Errichtung einer gemeinsamen Krankenkasse für die städtischen Arbeiter beschlossen, ferner ist sie aus den Bau-Vereinsgenossenschaften ausgeschlossen und hat ihre gesammte Bau-Unfallversicherung auf eigene Rechnung übernommen. Die Zahl der städtischen Arbeiter Kölns beträgt etwa 1100.

Das Kapital und die Sonntagsruhe. Mit seiner Bitte um Sonntagsruhe ist, wie in Hamburg in einer öffentlichen Versammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter mitgeteilt wurde, ein Portier der Aktienbrauerei abgewiesen worden, obgleich er in den 29 oder 30 Jahren, wo er dort in Stelle ist, noch keinen freien Tag gehabt habe. Dabei ist noch zu beachten, daß der Portier von früh 4 beziehentlich 5 Uhr bis abends 6 Uhr auf dem Posten sein muß. In der betreffenden Versammlung wurde in betreff der Sonntagsruhe überhaupt das Verhalten der Aktiengesellschaften gerügt.

Ueber das Bauernlegen auf dem Schwarzwald wurde dem „Ostpreussischen Volksfreund“ aus **Tübingen** geschrieben: „Nach der letzten Nummer des „Echo vom Wald“ hat Rentier **Kromer** aus Freiburg in kurzer Zeit vier Hölse angekauft; auf der Gemarkung von Schönwald den **Blindenhof** mit 200 Morgen und den **Herrenwälderhof** mit 180 Morgen, auf **Nocherbacher Gemarkung** den **Galgenhof** mit 200 Morgen und den

etwas kleineren **Griechhof**. Auf dem **Schwarzwald** ist es vor allen der **Reichstags-Abgeordnete** des Kreises, der **Fürst von Fürstberg**, sowie **Herr Kromer** von Freiburg, die den Enteignungsprozeß im großen Maßstabe treiben; und diese Herren sind keine Juden. Herr **Kromer** plant auf dem größten Theil des bisherigen **Alder- und Weidfeldes** jetzt **Wald** an. Im vergangenen Jahre wurden 248 000 und dieses Jahr 208 000 Fichtenkämme gefällt. Auf diese Weise wird der Holzreichtum des Schwarzwaldes wohl vermehrt, aber der Viehbestand wird bedeutend verringert, die Ernährung der Bevölkerung immer mehr erschwert. Wir gerathen nach und nach in schlechtere Zustände.“

Vermischtes.

Hainkirchen, 30. Juli. Heute Vormittag explodirten plötzlich in einem Geschäfte Laden **Kaketen** und **Feuerwerkskörper**. Theile von Sprengkörpern flogen bis auf die Straße. Zahlreiche Leute wurden verletzt, auch sollen einige Menschenleben zum Opfer gefallen sein.

Lübeck, 30. Juli. Infolge Selbstentzündung steht ein bedeutendes **Kohlenlager** der städtischen Gasanstalt in Brand. Die Feuerwehr und zahlreiche Arbeitskräfte sind bemüht, eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern.

Budapest, 30. Juli. Die hiesige neuerbaute **Zentral-Markthalle** steht in Flammen.

Montreal (Kanada), 30. Juli. Eine **Feuerbrunn** zerstörte heute Morgen einen großen Theil der Gebäude, die zu der für 1897 geplanten internationalen Ausstellung gehörten. Der Schaden wird auf 200 000 Dollars geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (wozu Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde fällt am Freitag und Sonnabend dieser Woche aus.

Ch., Pittau. Liebknecht's Rede finden Sie im **St. Galler Protokoll**, das dies 25 Pf. kostet. Sehr zu empfehlen ist die Schrift von **Reichanoff: Anarchismus und Sozialismus** (40 Pf.).

100. C. D. Alter Abonnent. Das sicherste ist, wenn Sie in einer amerikanischen Zeitung ein dementsprechendes Inserat aufgeben. Wenden Sie sich an folgende Adresse: **Redaktion of „New-Yorker Volks-Zeitung“**, 184 William Street, New-York, City — Nord-Amerika. Das Inserat muß allerdings bezahlt werden, dürfte indessen nicht allzu theuer sein.

Sperling. Eine Beleidigungsklage hätte Aussicht auf Erfolg. — **W. S. 100, F. M. Ja.** — Ein alter 48er. Er betreffende soll bei der Alters-Versicherungsanstalt, **Klosterstr. 41**, den Antrag auf **Invaliditäts- und Altersrente** stellen.

Emilie S. 14. Da kann Ihnen auch die **Ober-Polizeidirektion** nicht helfen. — **C. R., Forsterstraße.** Nein.

A. S. 101. Steht in Ihrem Verträge nichts Entgegenstehendes, so genügt eine angemessene Zeit, innerhalb deren Sie dem **Wirth und Miethelustigen** die Wohnung zeigen müssen.

Was als angemessen zu erachten ist, hat im Streitfall der Richter auf Klage des **Bermiethers** zu entscheiden. Die von Ihnen bezeichnete Zeit ist angemessen. — **L. 96.** Ohne genauere Darlegung, von wem die **Erbschaft** herrührt, wer **Erbslasser** ist, wann die **Erbschaft** angefallen ist und wann die **Unterstützungen** geleistet sind, nicht zu beantworten.

M. K. Ihr Unfall scheint nicht der **Versicherung** zu unterliegen. Ein **versicherungspflichtiger Unfall** muß in irgend einem Zusammenhang mit dem **Betriebe** stehen. Das wird bei einem Unfall, der auf dem Wege von der **Fabrik** nach Hause sich ereignet, nur in seltenen Fällen angenommen, z. B. wenn das **Arbeitsgeräth**, das der Arbeiter zwecks **Vornahme** einer Reparatur im Hause und dergleichen mitnahm, den Unfall verursachte.

Der Anspruch auf **Unfallrente** ist bei der **Berufsgenossenschaft**, der die betreffende **Fabrik** angehört, anzumelden.

Telesch-Reinickendorf. Darüber, wann der **Hauswirth** die Wohnung zwecks **Weitervermietung** besichtigen lassen darf, entscheidet in erster Reihe der **Inhalt** des **Miethesvertrages**.

Enthält der **Miethesvertrag** eine besondere Vereinbarung nicht, so ist die Wohnung zu angemessener Zeit zur **Besichtigung** zu stellen.

Welche **Tageszeit** als angemessen zu erachten ist, entscheidet im Streitfall der Richter auf Klage des **Miethers** oder **Bermiethers** hin.

P. S. S. Militaria. Daß Sie bei der nächsten Stellung genommen werden, ist nicht unwahrscheinlich. — **P. S. 1. Rein.**

2. Eine **Tage** für **Hebammen** existirt nicht. 6—12 M. für den **Verband** bei der **Entbindung** und 1—2 M. noch für jeden ferneren **Besuch** werden als angemessen erachtet. — **Weite 100.**

1. Ja. 2. Keine. 3. Durch 2. erledigt. — **L. J.** Zur **Krankenversicherung** nicht, zur **Invaliditätsversicherung** nach richtiger Ansicht: ja. — **S. W., Erefeld.** Nur wenn und soweit der betreffende **Erbe** seines **Vaters** geworden ist.

Herrn **Ruhn**, Schönleinstr. 16, zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche und ein dreifach donnerndes Hoch! C. M.

Achtung!
Zentral-Krankenkasse der Buchbinder.
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Krankmeldungen vom heutigen Tage bei dem 2. Kassierer, Kollegen **L. Schlopper**, Blumenstr. 48, 3 Tr., erfolgen. Sonntag bleibt die Kasse geschlossen. Die Nachträge zur Geschäftsordnung sind vom Sonnabend ab in den Zahlstellen sowie im Kassierlokale in Empfang zu nehmen.
27/2 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u.
(Verwaltung Berlin A.)
Montag, den 3. August, abends 8 Uhr,

Mitglieder-Versammlung
bei Herrn **Koll**, Adalbertstraße 21.
Tagesordnung:
1. Kasbericht vom 2. Quartal.
2. Verschiedene Kasragenangelegenheiten.
Die Sprechstunden d. Bevollmächtigten und Kassiers fallen an diesem Tage aus.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
185/7 Die Ortsverwaltung.

Orts-Frankenkasse des Maurergewerbes.
Den Bewerbern um die vakante Stelle in unserem Bureau zur gefl. Nachricht, daß dieselbe vergeben ist.
2949b Der Vorstand.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.

Am 28. Juli starb unser Mitglied der Schlosser **Oswald Grieshaber.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Am Urban nach dem Emmaus-Kirchhof in Rixdorf statt.
Am 28. Juli starb unser Mitglied der Mechaniker **Bernhard Hense.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofs in der Hermannstraße aus statt. Um rege Betheiligung bittet
249/2 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 28. d. Mts., unser alter bewährter Parteigenosse **August Schulz**
nach anderthalbjährigem schwerem, durch einen Unfall herbeigeführten Leiden verschieden ist. Schulz war einer von den Genossen, die unter dem Sozialistengesetz ihre Pflicht treu erfüllt haben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. August, vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt. 216/18
Um zahlreiches Besuch ersuchen
Die Vertrauensleute des
4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mir mein geliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager u. Onkel, der Tischler **Hermann Thomas** am 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr 40 Min. durch den Tod entzogen wurde. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. August, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. Die trauernde Wittwe **Henricette Thomas.**

Dankagung.
Allen Verwandten und Bekannten sagen wir unsern herzlichsten Dank für die rege Theilnahme am Grabe unseres Sohnes und Bruders des Metallschleifers **Karl Bahn**. Die tiefbeträubten Eltern und Geschwister.

Elysium, Landsberger
55541. Jeden Sonntag:
Garten-Konzert u. Ball.
Für Vereine noch Sonnabende frei.

Freund's Inselgarten Pichelswerder.

Freie Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins.

Sonntag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, findet die Beerdigung des verstorbenen Mitgliedes **Hermann Coblenz**
von der Leichenhalle der kgl. Charitee aus nach dem Charitee-Kirchhof, Müllerstraße, statt.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht
2946a Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mir mein geliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager u. Onkel, der Tischler **Hermann Thomas** am 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr 40 Min. durch den Tod entzogen wurde. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. August, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. Die trauernde Wittwe **Henricette Thomas.**

Dankagung.
Allen Verwandten und Bekannten sagen wir unsern herzlichsten Dank für die rege Theilnahme am Grabe unseres Sohnes und Bruders des Metallschleifers **Karl Bahn**. Die tiefbeträubten Eltern und Geschwister.

Elysium, Landsberger
55541. Jeden Sonntag:
Garten-Konzert u. Ball.
Für Vereine noch Sonnabende frei.

Freund's Inselgarten Pichelswerder.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:

Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
Nachtigall u. Richte.
Sonntags: Großer Saal.
Mittwochs: Saalkränzchen.
Theodor Boltz, Oekonom.

Stolpe bei Wannsee
Restaurant Lindenhof
Besuchen Wwe. **Mattausch** empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, umweilt des Wannsees und Stolpees gelegenen Lokalitäten. [5288*]

Knopf-Fabrik!
Vollständige Einrichtung billig zu verk. Zu ertr. **Bischoffstr. 23, part.**

Alte Stiefel ausm. Repar. u. West. **Rungs**, Oranienstraße 182. 2948b

Gesanglehrer m. Geige wird verlangt. Zu melden Sonntag, 2. August, von 10—12 Uhr **Al. Rurstr. 10.** 2924b

Arbeitsanfrage **W. Pahr**, Brunnenstr. 112.
Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften u. c. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Prüfstöcke-Haltstelle. Bei Krensfers wird Brückenrückgang vergütet.

Unsere Leihkassette, **Urbanstr. 83**, können alle, die von uns irgend eine Zeitung beziehen, unentgeltlich benutzen.

Mbl. Zimmer (15 M.) an Herrn v. verm. **Bwe. Schult**, Manteuffelstr. 51, v. 1 Tr.

Frdl. Schlafst. Manteuffelstr. 50, v. 1 Tr.

Mbl. Schlafst. f. 2 Herren (sep. Gg.) h. **Reichert**, Friedrichsgracht 44, v. 1 Tr. I.

Mbl. Zimmer an Herrn, 10,50 (sep. Gg.) **Peulert**, Engel-Mer 20, August. IV.

50 M. S. Maschine ff. Fabrik m. Verschluß, all. App. 5 J. Gar. 14tdg. Probt. Ringschiff 80 M. geb. **Wach**, u. Gar. 15 M. an **Oranienstr. 47, I.** nahe **Novizplatz**

Arbeitsmarkt.

Zementware, welche zuverlässig und selbständig arbeiten, für größere Aufträge sofort gesucht. 55928*

Ctto Schwirz u. Co., Zementwarenfabrik, **Snorowaylaw.**

Mausfell außer dem Hause auf **Jackets**, Preise 1,25, 1,50, 1,75 M., verlangt **Stieris**, Gr. Frankfurterstr. 189, 1 Tr. 2913b

Rahmenschneder verlangt 2941b **C. Wolff**, Mathienstr. 14.

Birka 50 Simowader werden bei **Welter** Lohnentz. verlangt u. finden dauernde Beschäftigung auf **Milke's Werke**, **Widow** i. d. **Markt**, **Bahnstation** **Oransee** (Stett. Bahnhof).

Einen tüchtigen **Regolbergeliffen** zum **Farbig** und **Kontenmachen** sucht **Goldleitenfabrik Dresdenstr. 38.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 31. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Der Barbier von Sevilla. Die Hofe von Schiras.
Deutsches Theater. Das Glück im Winkel.
Festung-Theater. Das Modell.
Schiller-Theater. Kinder der Exzellenz.
Neues Theater. Lala-Loto.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Selle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Onkel Präsig.

Alexanderplatz-Theater.
 Alexanderstr. 40.
 Direktion: Max Samst.
 Sensationelle Novität der Saison.
Die offizielle Frau.
 Schauspiel in 4 Akten nach Savogés
 Rouvan von J. Lehmann.
 Morgen und die folgenden Tage:
 Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
 Große Pöffe mit Gesang von Hugo Busse.
 Regie: Fritz Schäfer.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
 Großes Konzert. Theaterstücke. Spezialitäten 1. Rang.

Adolph Ernst-Theater.
 Vechter Monat unter Direktion Adolph Ernst.
Charley's Tante.
 Schwank in drei Akten von Brandon Thomas.
 Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
 Vorher: Die Bajazzi. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 39.
 Direktion: Richard Schultz.
Wiedereröffnung
 Sonnabend, den 1. August 1896.
 Zum 254. Male:
Eine tolle Nacht.
 Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
 Musik von Julius Einböckhofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Brauerei
 Lützowstrasse III/112
 (nahe Potsdamer Brücke).
 (Garten resp. Saal.)
Stettiner Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
 Anfang präzis 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen gültig) zu haben. (Siehe Plakate.)
 Zum Schluss: Nar noch kurze Zeit: **Cavalleria schufficana**

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
 abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
 abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
42
wilde Weiber
 aus
Dahomey.

Castan's Panopticum.
 Neu!! Neu!! Neu!!
hochsensationelle Neuheiten
 die ein Jeder sehen muss!

Apollo-Theater
 und Konzert-Garten
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Stürmischer Lachserfolg!
Ein Abenteuer im Harem.
 Burleske in 1 Akt von B. Mannstädt.
 Musik von Paul Linde.
Eine Scene im Zoologisch. Garten
 aufgeführt von der **Senetts-Troupe.**
 Ferner:
20 Kunstkräfte ersten Ranges.
 Kaffeeöffnung 8 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstell. 8 Uhr.

Kaufmann's Variété.
Budapester
Boßen- u. Operetten-Theater
 Direktion: Gebrüder Hornfeld.
 Heute, Freitag, den 31. Juli 1896:
 Zum 31. Male:
Die Welt geht unter.
 Original-Lustspiel von Donald Herrnsfeld.
 Ferner zum 11. Male:
Der Verwandlungskünstler.
 Burleske von J. Armin.
 Anf. 8 Uhr. Vorzugskarten gelten.

Julius Wernau's Festsäle und Garten
 Schwedterstraße 23/24.
 Jeden Montag u. Mittwoch
Große Spezialitäten-Vorstellung
 bei freiem Entree.
 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regelmäßig zu vergeben. Telefon Amt III Nr. 2440.

Schweizer Garten
 Am Königsthor. — Haltest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.
 Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Am Harem,
 oder: Berliner in Paris.
 Volkshelustigungen und Ball.
2 Vorstellungen täglich
 Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
 Riesentheater.
 Größtes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Reichshallen-Garten
 Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.
 Täglich
Norddeutsche Sänger
 Heute, Freitag:
 Zum 91. Male:
 Die Ulf-Parodie
Alle fünf Barrisons
 Anfang Sonntags 7 Uhr,
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reservirt Pl. 50 Pf.
 Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

Alt-Berlin.
Morgen Grosse Blumen-Illumination
 Eintritt 25 Pf., von 5 Uhr ab. 50 Pf.

Spezial-Ausstellung KAIRO
 ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
 Heute, Freitag, den 31. Juli:
Grosses orientalisches Fest
 mit feenhafter Illumination und **Fackelzug der Beduinen.**
 Entrée ab 5 Uhr nachm. 1 Mark.
 Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

W. Noack's Sommer-Theater.
 Brunnenstr. 16.
 Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
 Im Saal: **Gr. Ball.**
Das große Loos.
 Schwank in 1 Akt von Schmasow.
 Neu! Neu!
Das Amazonen-Corps
 oder
 Berliner Sportmadel.
 Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Walther Gerike.
 Auftr. hervorragender Spezialitäten.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
 Schönhauser Allee 148.
 Heute, Freitag, den 31. Juli 1896:
Benefiz
für den Regisseur Heinrich Richter.
 Einmalige Aufführung:
Der Jongleur.
 Große Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Emil Pohl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin).
Branchen-Versammlungen der Drechsler.
 Für Bau-, Möbel- u. Telegraphen-Arbeiter
 am Montag, den 3. August,
 für Galanterie- und Luxusmöbel-Arbeiter und Arbeiterinnen
 am Mittwoch, den 5. August,
 für Stein- und Elfenbein-Arbeiter
 am Montag, den 10. August,
 für Knopf- und Perlmutter-Arbeiter
 am Mittwoch, den 13. August,
 abends 8 Uhr.
Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung.
 Das pünktliche und zahlreiche Erscheinen aller Berufskollegen ist dringend erforderlich. Die noch ausstehenden Fragebogen müssen in den Versammlungen abgeliefert werden.

Branche der Parquetbodenleger.
Montag, 3. August, abends 8 Uhr, bei Schöning, Köpnickstr. 68:
Versammlung.
 Die Kollegen der Firmen Rosenfeld & Co. und Endo sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Zur Beachtung! Bei eintretenden Differenzen ist sofort Mittheilung an den Obmann der Werkstatt-Kontrollkommission für den Bezirk, in welchem die Werkstatt sich befindet, zu machen; in sofort zu erledigenden Fällen an den Arbeitsvermittler, Annenstraße 39.
Adressen der Obmänner.
 Westen: Aug. Wiomers, Potsdamerstr. 4, StraÙe 55.
 Südwesten: H. Köster, Mittenwalderstr. 45, Seitenfl. 3 Tr. rechts.
 Südosten: Nimschok, Kottbuscher Damm Nr. 9, rechter Seitenfl. 4 Tr.
 Osten: Quilitz, Gr. Frankfurterstr. 16, Quergeb. rechter Ausgang 3 Tr.
 Nordosten: Stammer, Cotheniusstr. 18 Hof part.
 Norden: Goppert, Zionkirchplatz 3, bei Opik.
 Nordwesten: Gramontz, Tilsiterstr. 4, bei Müller.
 Moabit: Eulenfeldt, Gerhardtstr. 14.
 Friedrichsberg: Hocks, Friedrichsberg, Jungstr. 48.
 Drechsler: E. Tost, Grünauerstr. 5, vorn part.
 Hammacher: K. Treubig, Webersstraße 48, Quergeb. 2 Tr.
 Parquetbodenleger: Albert Hess, Hohenstaufenstr. 79.
 Särstemaker: Wiese, Granseeer Straße 9, vorn 4 Tr.

Achtung! Maurer! Achtung!
 Sonntag, den 2. August, vorm. 10 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstr. 20 (großer Saal):
Versammlung
 der Filiale Berlin II d. Zentralverbandes deutsch. Maurer.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Hermann Silbermann: Was lehrt uns unsere diesjährige Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht, recht rege zum Besuch dieser Versammlung zu agitieren.
 Alle Berliner Maurer sind hiermit eingeladen.
 187/4 **Die Lokalverwaltung.**

Zentral-Verband deutscher Maurer
 Zahlstelle Berlin I (Buzer).
Sonntag, den 2. August, vorm. 11 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 2. Vortrag des Genossen F. Hoffmann über: „Die Revolution der Produktionsmittel und deren Folgen für die arbeitende Menschheit.“ 3. Verbandssachen.
 Die Versammlung wird präzis 11 Uhr eröffnet und ersuche ich die Mitglieder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Kommissionsmitglieder bitte ich zuevds Abrechnung und Regelung mehrerer Unterstufungsachen pünktlich 9 1/2 Uhr bei Klobor zu erscheinen.
 295/8 **Der Bevollmächtigte.**

Verband der Sattler und Tapezierer.
 Sonnabend, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Pasch, Alte Jakobstr. 83:
Kombinierte Versammlung
 der Filialen I, II, III u. IV.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Schöneberger Streif. 2. Verschiedenes.
 287/17 **Der Vorstand.**

Kistenmacher!
 Sonntag, den 2. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Wille, Andreasstr. 26:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Vogt über „die Thätigkeit des Gewerbegerichts“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Sonntag, den 9. August: **Große Landpartie** nach Ravenstein bei Friedrichshagen. Abfahrt 8 1/2 Uhr früh vom Schleischen Bahnhof. Für gute Unterhaltung ist gesorgt. Um zahlreiche Theilnahme bittet
 95/11 **Der Vorstand.**

Ostbahn-Park
 Rüdorsdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschok.
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volkshelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.
 Gute Tiere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
H. Jmbs.

Situationsberichte Für den Internationalen Arbeiter- Kongress in London.

Die Verhältnisse Rumäniens schildert die in Jassy bestehende jüdisch-sozialdemokratische Gruppe „Lumina“ (das Licht), die sich wegen Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel nicht durch eigene Delegirte vertreten lassen kann, in ihrem Bericht an den Kongress wie folgt:

Der Beginn unserer Organisation datirt vom Mai 1895 mit der Herausgabe eines Agitationsorganes in jüdisch-deutscher Sprache, dem „Weker“.

Außer dem „Weker“ giebt der Verein Lumina als offizielle Neuver die in rumänischer Sprache zeitweise ein oder zweimal monatlich erscheinende „Lumina“ heraus, welcher die theoretische Führung prinzipiell und faktisch ganz aus dem Boden der internationalen Sozialdemokratie hervorgeht.

Unserer Gruppe fehlt es noch an einer formellen Partei-Organisation. Außerhalb der Stadt Jassy — in welcher einige von uns errichtete Gewerkschaften regulär funktionieren — zählen wir in fast allen Städten und Flecken der Moldau (nördliche Hälfte Rumäniens) ansehnliche Anhängergruppen.

Vorwärts! ist auch unsere ständige Losung.

Rumäniens Einwohnerzahl betrug 1889: 5 038 842, 1894:

5 406 249. Hiervon wohnten (1889):

in den Städten . . . 885 700 (hiervon 63 pCt. Analphabeten)

„Land-Gemeinden 4 152 642 „ 92 „ „

„Jüdischer Abstammung waren:

1889 1894

in den Städten . . . 163 771 (= 20 pCt.) 173 014

„Landgemeinden „ 51 762 (= 1 1/4 „) 70 211

Ein volles Fünftel der jüdischen Bevölkerung Rumäniens ist also jüdischer Abkunft. Es ist dies keine Fremdenfrage, sondern eine hier zu Lande theilweise seit mehreren Jahrhunderten anhängige, dem sozial-ökonomischen Organismus unentbehrlich gewordene Bevölkerung. Und doch ist die Anhängigkeit dieser Viertelmillion, wie ihre politische Situation überhaupt, so unsicher wie die einer Vogalbondenhorde. Der gewissenlose Mißbrauch wird mit der juristischen Benennung „strain“ (fremd) getrieben; gilt es Steuern zahlen, Militärdienst leisten, in den Krieg ziehen, dann sind die Juden keine Fremde; handelt es sich um Schulbesuch, Niederlassungsfreiheit, Krankenaufnahme in öffentlichen Spitälern, Avancement im Militärdienst, Bewerbung um Gemeinde- oder Staatsdienst — sei es nur als Strafenlehrer — kurz wo es sich um Rechte handelt (nicht zu sprechen von den rein politischen), da gehören die Juden in die Kategorie der „Fremden“, trotzdem sie eine andere Staatsangehörigkeit als die rumänische nicht kennen.

Noch trauriger aber ist die Art und Weise, in welcher diese Gesehe und Dispositionen zur Anwendung gelangen. Die Willkür und Ignoranz des dunkelhaften rumänischen Beamtenhums öffnet den Hochzeiten und Exzessen, den Bestechungen und Erpressungen andererlei, weite Thüren, und in den meisten Fällen sind die Juden auf Duldung und Unterwürfigkeit angewiesen. Die Versammlungs-, Vereins-, Rede- und Pressefreiheit — durch die Konstitution jedermann zugesprochen, wird ihnen durch das Ausweisungsgesetz lahmgelegt, denn dieses ermöglicht der Regierung, jeden mißliebigen „Fremden“ in 24 Stunden über die Grenze zu jpecken.

Soziale Rechtspflege.

Reichs-Versicherungsamts. Die Verheiligung bei einer Rattenjagd hatte für den Tischler Hoyer recht lässige Folgen. Eines Tages fand er auf dem Hofe des Grundstückes, in dessen Gebäuden sich die Arbeitsräume seines Arbeitgebers befanden, den Zeiger der dort gleichfalls untergebrachten Maschinen-Bauanstalt bei der Verfolgung einer Ratte und machte sich allförmlich daran, dem Manne behilflich zu sein. Als die beiden sich abmühten, die Ratte hinter einer Wand aufgefapelter Eisenbleche hervorzutreiben, geriet ihm die letztere ins Wanken, stürzte um und verletzte Hoyer ganz erheblich. Es wurde ihm das Schenkelbein zertrümmert. Er bemühte sich später bei der Norddeutschen Holz-Versicherungsgesellschaft um eine Unfallrente, wurde aber mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Ebenso erging es ihm beim Schiedsgericht, welches betonte, daß das Einfangen von Ratten mit der Tischlerei nichts zu thun habe. Der Verheirathete legte nunmehr Klage ein und machte geltend, daß sich die Wunden auf jenem Grundstück tief eingedrückt hätten und er deshalb gemeint habe, diese Plage mit bekämpfen zu müssen. Das Reichs-Versicherungsamts wies aber den Anspruch des Klägers ebenfalls zurück. Gründe: Von einer Betriebsbetätigung, die einen Rentenanspruch begründet hätte, könne hier nicht die Rede sein. Daß der Kläger sich zur Verfolgung der Ratte verpflichtet hielt, komme nicht in Betracht, weil jeder Anhaltspunkt für die Annahme fehle, daß etwa der Tischlereibetrieb, in dem er beschäftigt war, unter der Uebernahme der häßlichen Plage zu leiden hatte. Auch sei der Kläger nur zu dem Zwecke engagirt gewesen, Tischlerarbeiten zu verrichten. Erinnere man sich an jeglichen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfälle und dem Tischlereibetriebe. Man lasse also die Klagen künftig hübsch zernagen, was sie wollen.

Versammlungen.

Eine imposante Versammlung der Lederarbeiter (Porte-feuiller etc.) und ihrer Berufsangehörigen tagte am 28. Juli im Donschen Lokal, um betreffs der lange vorbereiteten Lohnbewegung endgiltig Beschlüsse zu fassen. Mehr als 1000 Personen hatten sich eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende mit, daß die Lederarbeiter in Wien und Offenbach, sowie auch die deutschen Kollegen in Paris der Lohnkommission brieflich ihre Solidarität versichert hätten. (Lebhaftes Bravo.) Sodann nahm Genosse Th. Wegner

*) Diese Anhängigkeit in den Dörfern und auf dem Lande überhaupt ist den Juden durch ministerielle Verfügungen untersagt. Obige 51 762 (resp. 70 211) jüdische Seelen sind also größtentheils auch Städter, aber ansässig in weniger als 5000 Einwohner zählenden Orten, welche den Landgemeinden gehören.

**) Eine Anzahl ausgewiesener Juden, beim Passiren der Donau am anderen Ufer nicht zugelassen, wurden von den Behörden in den Fluß geworfen und ertranken. Mit besonderer Grausamkeit erfolgt die Vertreibung der Juden aus den Dörfern, oft inmitten des Winters; es sind dies meist proletarische und kleinstädtische Elemente, welche dort seit Generationen ihr armseliges Gewerbe ausüben. In größeren Orten dringt hier und da die Kunde veräbter Ereignisse in die Öffentlichkeit, wie die unlängst in Bacau (April 1896) und Saveni (Juni 1896) stattgefundenen Feuersbrünste; in den allermeisten Fällen aber verhallt das Wehgeschrei der Bedrückten ungehört.

Seider müssen wir verzichten, auf das endlose Register der skandalösen Zustände hier weiter einzugehen.

das Wort zu einem kurzen, aber instruktiven Vortrage über das Thema: „Sind Streiks ein Mittel zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen?“ Nach seinen mit fürnehmlichem Verfall aufgenommenen Ausführungen schritt man sofort zur Erledigung des 2. Punktes der Tagesordnung: „Proklamirung des Streiks.“ Geindle legte namens der Lohnkommission dar, daß jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen sei, den man schon vor sieben Jahren in den Kreisen der Lederarbeiter herbeiwünschte, nämlich Front zu machen gegen den nie endenden Preisdruck, und die Erhöhung der gezahlten Preise zu fordern. Die Lohnkommission habe bereits mit einer Reihe von Firmen verhandelt und sieben derselben hätten die geforderte prozentuale Lohnerhöhung auch schon bewilligt oder doch durch ihr Entgegenkommen sehr annehmbare Vergleiche ermöglicht. Und das seien die ausschlaggebenden Firmen der Tresorbranche, die noch dazu fast durchweg mit Heimarbeitern fabrizierten. Der Umstand, daß die Hausindustriellen gemeinsame Sache gemacht und Erfolge erzielt hätten, berechtige zu den schönsten Hoffnungen; seien sie doch bisher immer der Demuth der Bewegung gewesen. Unter großem Beifall machte Redner im Auftrage der Kommission den Vorschlag, überall da am 3. August die Arbeit ruhen zu lassen, wo der Fabrikant am Sonnabend, den 1. August, noch nicht bewilligt habe. Die Versammlung erklärte sich hiermit einstimmig einverstanden. In der Debatte wurde mehrfach das Verhalten des Fabrikanten Emanuel Schreiber, eines der kapitalträchtigsten der Branche, gerügt, insbesondere seine Erklärung, er wolle mit der Streikkommission nichts zu thun haben. Allen Versammelten wurde nahe gelegt, sich in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung der Lohnkommission einzulassen. Ein oder einige Vertreter derselben sind von jetzt ab den ganzen Tag über im Lokale des Genossen Meiner, Oranienstr. 184, zu sprechen. — Die Sammlung vermittelst der Bous wird nunmehr eingeleitet und statt ihrer wird eine solche auf Listen veranstaltet. Die Kollegen, welchen die Forderungen bewilligt sind, sollen möglichst in der nächsten Zeit einen nicht näher bestimmten Prozentsatz des Gewonnenen an die Streikliste abführen; zum Beschluß erhoben wurde dieser Vorschlag jedoch nicht, die Abstimmung darüber unterblieb. Ferner wurden diejenigen, welche die Arbeit niederlegen, aufgefordert, nicht etwa von den Fabrikanten sich Arbeit zu holen, die ihren Arbeitern bessere Löhne zubilligt haben. Schiefer sicherte den Streikenden die Unterstützung des Verbandes der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen zu. Bewilligt haben bis jetzt: Simonsohn, Michaelkirchstr. 30; Munge, Ritterstr. 89; Marschall, Ritterstr. 92; Sommer, Reichsbergerstr. 181; Weis u. Kündiger, Rußen-Wer 17; Schwarz, Melchiorstr. 25; Gutschmann, Dresdenerstr. 75. — Mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung trennten sich die Versammelten.

Die Kohlleger und Gehilfen hatten zum Dienstag eine öffentliche Versammlung nach Cohn's Festsaal einberufen, in der Rehner über „Die Bedeutung der Streiks für die Gewerkschaften“ sprach. Redner führt zunächst der Versammlung die Lohnkämpfe der Arbeiter in diesem Jahre vor Augen und zeigte an verschiedenen Beispielen, daß die Arbeitgeber viel fester in der Organisation zusammenhalten als die Arbeiter. Hierauf erklärte Redner die Forderungen der Kohlleger, die er als sehr bescheiden bezeichnete und warnte am Schluß seines Referats die Versammelten vor übereilten Beschlüssen, da bei dem großen Umfang der Lohnkämpfe auf Unterstützung durch andere Gewerbe wenig zu rechnen sei. Von einer Diskussion des Vortrages wurde Abstand genommen und nach einer lebhaften Aussprache über den dritten Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über den von den Vertrauensmännern ausgetragenen Lohn- und über weitere Maßnahmen“ folgende Resolution angenommen. Die Versammlung der Kohlleger und Gehilfen sieht in anbetragt des schwachen Besuchs der Versammlung in diesem Jahre von jeder Lohnbewegung ab. Die Versammelten verpflichten sich aber, dahin zu wirken, daß sämtliche Werkstätten durch Vertrauensmänner vertreten sind, sowie ein genügender Kompensationsfonds geschaffen wird, um erst dann zu gegebener Zeit in Aktion zu treten. Unter Verschiedenem berichtet der Vertrauensmann über die Sammlung zum Streikfonds; dieselbe hat eine Einnahme von 245 M. und eine Ausgabe von 125 M. ergeben, so daß ein Ueberschuß von 120 M. verbleibt.

Die Textilarbeiter waren am 28. Juli bei Josl in der Andreasstraße versammelt, um einen Kandidaten zum Gewerbegericht anzustellen. Den Bericht gab Gewerbegerichts-Beisitzer Hübisch. Aus seiner praktischen Thätigkeit heraus erklärte er die Vortheile der Gewerbegerichte für die Arbeiterschaft, unterließ es aber auch nicht, die vielfachen Mängel zu besprechen. Nach kurzer Diskussion ernannte die Versammlung den Textilarbeiter Schein zum Kandidaten. Hierauf besprach Kozke ausführlich die wirtschaftliche Lage der Hausweber. Dank der isolirten Stellung der Hausindustriellen seien Zustände entstanden, die jeder Menschlichkeit Hohn sprächen und die den Zuständen in der Konfektionsindustrie, wie sie die genaltige Bewegung dieser Branche im Frühjahr ans Tageslicht gedrückt habe, nicht nur gleichkomme, sondern vielfach noch weit übertrage. Die thätlichen Löhne der Hausweber variirten zwischen 5 und 9 Mark; wohl kämen vereinzelt Ausnahmen vor, in denen 10 bis 18 M. erzielt würden, doch seien dies ganz außergewöhnliche Erscheinungen und komme meist eine 12stündige Arbeitszeit, sowie Arbeit während des ganzen Sonntags bis in die Nacht hinein, in Betracht. Glender noch seien die Löhne, die außerhalb gezahlt würden. In Straußberg z. B. würde für ein Stück 3 M. und 3,50 M. gezahlt, wofür man in Berlin noch 6 M. und 6,50 M. erhalte. Mangelhafte Bekleidung, das Unvermögen, 10 Pf. Tellerzahlung zu geben oder sich das übliche Glas Bier zu leisten seien Gründe, die vielen den Besuch der Versammlungen unmöglich machen. Redner referirte sich dahin, die den Webern gezahlten Löhne seien keine Löhne mehr, sondern nur noch Trinkgelder; ein Industriezweig aber, der nicht im Stande sei, seine Beschäftigten zu ernähren, late einfach kein Berechtigung mehr zu existiren. Nach einer längeren Diskussion kam man dahin überein, den Tarif der Junng dem Textilarbeiter“ in einer handlichen Form beizulegen.

Eine öffentliche Versammlung der Handels-Hilfsarbeiter, die nur sehr schwach besucht war, fand am Dienstag Abend in den Arminhallen“ statt. Der Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer“ konnte nur von Warnow gegeben werden, der betonte, daß die übrigen Beisitzer, wie die Handels-Hilfsarbeiter selbst, es nicht der Mühe werth hielten, in einer so wichtigen Versammlung zu erscheinen. Daraus erklärte sich auch das geringe Verhältniß für das Gewerbegericht und die Gewerbe-Ordnung, insbesondere bei den Hausdienern, die sonst sich als intelligent gälten, aber fast immer, wenn sie vom Gewerbegericht kommen, eine geradezu unerklärliche Unkenntnis zur Schau tragen und sich ins Bedauern jagen lassen. Im Gegenjah hierzu treten gerade die Aufseher viel sicherer, entschiedener und selbstbewußter auf, ohne sich einschüchtern zu lassen. Es wäre an der Zeit, daß die Hausdiener und Handels-Hilfsarbeiter sich mehr aufrähten und die alten Zänkerien begraben wüchden. Wangenheim (Kollfischer) hält es bei der schwach besuchten Versammlung nicht für nöthig, einen Bericht zu geben.

Ein Antrag Alboldt: die Versammlung zu vertagen, wird abgelehnt und nach einer Diskussion über den Bericht, an welchem sich abwechselnd Warnow, Hüblich, Kamp, Schuhmann und Hoffmann betheiligen, die Aufstellung von zwei neuen Kandidaten als Gewerbegerichts-Beisitzer vorgenommen. Es entspinnt sich über die vorgeschlagenen Kaffler und Schuhmann eine ausgedehnte und unermüdliche Diskussion, die schließlich damit endete, daß die beiden genannten mit großer Mehrheit zu Kandidaten für die Gewerbegerichtswahl ernannt werden. Ueber den Absturz-Ladenstluß soll in einer im September stattfindenden Versammlung verhandelt werden, weil um diese Zeit eine stärkere Betheiligung zu erwarten ist.

Eine Metallarbeiter-Versammlung, die von Seiten der Zentralorganisation einberufen und von etwa 120 Personen besucht war, behandelte am Mittwoch die Tagesordnung: „Die angeheulenen Verächtigungen gegen das solidarische Verhalten des Arbeitsvermittlers des hiesigen lokalen Metallarbeiter-Verbandes ausländischen Metallarbeitern gegenüber und die fragliche Verächtigung dieser Angelegenheit aus der Feenpalast-Versammlung vom 22. Juni und der Nr. 80 der Metallarbeiter-Zeitung.“ Der Referent Hoffmann stellte die vorliegende Angelegenheit folgendermaßen dar: Nach dem Klempnerstreik ließ sich ein Unternehmer vier Klempner aus Wien kommen, die aber, als sie billiger wie die hiesigen Kollegen arbeiten sollten, die Arbeit niederlegten und sich um Erlangung einer neuen Arbeitsstelle an den Nachweis des lokalen Verbandes wandten. Hier wurde ihnen bedeutet, daß sie keine Arbeit erhalten könnten, weil sie nicht Mitglieder des Verbandes seien. Einer der Wiener, namens Klein, wurde darauf Mitsied, erhielt aber trotzdem keine Arbeit, obgleich an einem Tage vier Klempner verlangt und außer Klein keine Referenten anwesend waren. In der Metallarbeiter-Zeitung“ habe Littin diese Thatsachen zwar indirekt zugegeben, aber anders zu deuten versucht. Redner hält dieses Benehmen gegenüber den österreichischen Kollegen für einen Verstoß gegen die internationale Solidarität, der nicht vorkommen sollte. Nachdem Klein diese Darstellung im allgemeinen bestätigt hatte, erklärte Littin, obgleich er für seine Handlungsweise als Arbeitsvermittler nur den Mitgliedern seines Verbandes verantwortlich sei, wäre er doch hier erschienen, um einer Mißdeutung dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit vorzubeugen. Es sei nicht richtig, daß er — wie Hoffmann behauptet — in der Metallarbeiter-Zeitung“ die Thatsache zugegeben haben solle. Er habe den österreichischen Kollegen, als sie auf dem Arbeitsnachweis erschienen, erklärt, daß der Verband nur an Mitglieder Arbeit ausgeben, daß aber auch selbst, wenn die Kollegen dem Verband beitreten würden, sie innerhalb 13 Wochen noch keine Aussicht auf Arbeit hätten. Das sei nun mal eine Bestimmung des Verbandes. Klein sei trotz dieser Warnung Mitglied geworden, habe auch am 11. Mai Arbeit erhalten, die aber nur acht Tage währte. Als Klein nun wieder auf dem Arbeitsnachweis erschien, wurde zwar ein Baulempner verlangt, wobei Klein nicht berücksichtigt werden konnte, weil er für die vakante Stelle nicht geeignet war. Es sei durchaus unzutreffend, wenn man diesen Vorfall als einen Verstoß gegen die internationale Solidarität hingenommen habe. Unter den vorliegenden Verhältnissen hätte Klein, auch wenn er nicht Oesterreicher, sondern Potsdamer wäre, keine Arbeit erhalten können. Man könne auch die österreichischen Kollegen nicht als nach Berlin gelockte und hier gemehregelte ansehen. Als organisirte Arbeiter hätten sie sich vor ihrer Abreise nach Berlin über die hiesigen Verhältnisse unterrichten können. Hoffmann habe diese Sache nur herangezogen, um Stoff zu Stänkereien gegen den Berliner Verband zu haben. Hoffmann betonte im Laufe der Debatte, es handle sich hier nicht um eine persönliche Angelegenheit, sondern um einen Uebelstand, der im System liege. Der Lokalverband habe keine Fühlung mit den auswärtigen Kollegen; das sei ein Mißstand, der bekämpft werden müsse. Die lange Debatte verlief zwar in ruhiger Weise, trug aber einen vorwiegend persönlichen Charakter. Die leidige Organisationsstreitfrage bildete den Hauptinhalt der Erörterungen. Am Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung verurtheilt das Verhalten des Arbeitsvermittlers des Berliner Verbandes ausländischen Kollegen gegenüber auf das entschiedenste und verpflichtet sich, zur Erreichung der internationalen Solidarität den nationalen Zusammenschluß anzustreben.“ Die Versammlung wurde den streikenden Klempnern in Wien überwiesen.

Der Verband der Banarbeiter (Zahlstelle Rixdorf-Brick) hielt am 19. Juli eine Generalversammlung ab. Die Abrechnung mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, da bei der Neugründung der Zahlstelle viele Mitglieder mit den Beiträgen zurückblieben. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Heinemann erster, Ball zweiter Bevollmächtigter; Meyer erster, Weber zweiter Kassirer; Hohenfelle Schriftführer. Die monatlichen Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. des Monats statt. Auf Antrag wird ein Zahlabend eingerichtet, der jeden Sonnabend nach dem ersten des Monats, abends von 8—10 Uhr, im Versammlungslokal abgehalten wird.

Im Fachverein der Stickerarbeiter hielt am 20. Juli Genosse Förstch einen Vortrag über „Die Entstehung des Privateigentums“. In der Diskussion erhob ein Redner den Einwand, die Versammlung möchte sich lieber mit der Befreiung von Berufsangelegenheiten beschäftigen, als solche fernschweifende Vorträge anzuhören. Diese Anschauung fand in der Versammlung allgemeinen Widerspruch. Wie die Arbeiter der Schirmstoff-fabrik Jacobi bekannt gaben, haben sie an den Fabrikanten ein Schreiben gerichtet, in dem sie um Abstellung von Uebelständen und Regelung der Arbeitszeit ersuchten. Daraus gelangte der Kassierbericht zur Verlesung, der einen Bestand von 124,88 M. aufweist.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk W. und SW.) beschäftigte sich am 20. Juli mit der Erledigung einer Reihe von Werkstättenangelegenheiten. Eingeladen waren die Arbeiter aus den Werkstätten von Knorr, Blumenhalkstraße, Meuter, Steinmehrsstraße, Reddemann, Groß-Börschenstraße und Scharwies, Schöneberg. Wie Kusche bemerkte, sind die Zustände in diesen Werkstätten schlechter als vor dem Streik geworden und set es in der Werkstatt von Knorr vorgekommen, daß Arbeiter mit 10 und 12 Mark nach Hause gingen. Die Diskussion, an der sich auch die Eingeladenen betheiligten, war eine sehr lebhaft und wurde den betreffenden Arbeitern von den Mitgliedern der Organisation der Aufschluß an den Holzarbeiter-Verband empfohlen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde Eggert für die Zahlstelle am Bellealliance-Platz und Schäfer für die Zahlstelle in der Mittenwalderstraße gewählt.

Die Filiale II des Textilarbeiter-Verbandes hatte am 22. Juli die regelmäßige Mitgliederversammlung aberraunt. Zunächst erstattete der Kassirer Behms den Bericht vom 2. Quartal. Die Einnahme betrug inkl. Bestand 94,10 M., die Ausgabe 24,80 M., mithin Bestand 69,30 M. Der Ueberschuß von der Kampferpartie beläuft sich auf 1,55 M. Sodann hielt Herr B. Weise einen Vortrag über das Genossenschaftswesen, dem sich ein lebhafter Meinungsaustrausch sowohl für wie gegen das Genossenschaftswesen anschloß. Zum Schluß überwies die Versammlung der Bibliothek 20 M.

